

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 9. Januar 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Sundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — In den Kampf! — Tua res agitur! Von Luise Zieg. — Was der letzte Reichstag den Arbeiterinnen versprochen und was er ihnen gehalten hat. Von Gustav Hoch. — Gegen den Lebensmittelwucher! Von h. f. — Aus dem Reiche der Zentrumsgrafen. Von w. d. — Umsturz und Revolution. I. Von J. B. — Die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in München. Von K. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampf gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notigentel: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Vorwärts. Von -g. (Gebicht). — Prometheus. Dramatisches Fragment von Wolfgang Goethe. — Immer mehr. Von Georg Herwegh. (Gebicht). — „Von Gottes Gnaden.“

viele Tausende vermehrt. Wir hoffen, daß es sich 1907 die alten Sympathien erhält und neue Freunde erwirbt.

Der Preis der „Gleichheit“ beträgt vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit gratis abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleichheit“ hofft

Die Redaktion und der Verlag.

In den Kampf!

Der Klang der Silvesterglocken ist heuer von dem tosenden Waffenlärm des Wahlkampfes überdönt worden. 1907 hebt als ein Kampfsjahr an. In festgeschlossenen Sturmkolonnen, im Jubel der Franzosen ist das klassenbewußte Proletariat über die Schwelle des neuen Jahres geschritten. Es weiß, daß es die bevorstehende Wahlschlacht in einer außerordentlich bedeutsamen Situation schlägt.

Sie steht im Zeichen der Zuspitzung und Verschärfung des Klassenkampfes, der zu einer Verschiebung der politischen Machtverhältnisse drängt. Das kündete schon die Reichstagsauflösung jedem, der über das launische Spiel der abglatzlichen Möglichkeiten hinweg die treibenden geschichtlichen Kräfte des politischen Lebens ins Auge faßte. Das wird durch den Aufmarsch der bürgerlichen Parteien auf den Kampfplatz bestätigt. Wie verschieden auch die Wählagen sind, mit denen sie ihren feilherigen Verrat der Volksinteressen zu beschönigen und neue Verbrechen gegen die Massen vorzubereiten suchen; wie gemüht sie sich untereinander anfauchen und durch den bekannnten Ruf „Haltet den Dieb“ kompromittieren: der Haß gegen die Sozialdemokratie eint sie doch brüderlich. Er bringt alle sozialen Gegensätze, alle Meinungsunterschiede zwischen ihnen zum Schweigen, er bändigt die Konkurrenzfeindschaften um Mandate und die Anwartschaft auf die „Nebenregierung“. Die Furcht vor dem aufstrebenden Proletariat hat die eine reaktionäre Masse zusammengepeitscht wie noch nie.

Aber welche Masse! Sie spiegelt die Ferkelung, den Verfall der bürgerlichen Welt wider, die sie schützen soll. Nicht das Bewußtsein der Kraft, das Gefühl der Schwäche hat sie zusammengefügt; nicht der feste unerschütterliche Glaube an ihre Sache ist in ihr lebendig, sondern die Verzweiflung ob dem unaufhaltsam hereinbrechenden Ende der Macht. Wie Moder und Fäulnis steigt es von dem Mischmasch der bürgerlichen Parteien auf, welche die „rote Gefahr“ abwehren wollen. Da ist keine einzige von ihnen, die mit reinen Händen, blankem Schild und ehrlichen Waffen ins Feld zieht; eine jede hat ihre Korruption, ihre Schmach, ihre Sünden als Gespenst im Hause, das sie vor dem Gerichtstag der Wähler erittern macht.

Wie anders die Verfassung, in der die Sozialdemokratie ihnen allen mit gleicher Schärfe und Wucht den Kampf bietet! Die Sozialdemokratie ist zusammengesetzt durch die eine große Erkenntnis, daß die geschichtliche Entwicklung den Sturz der kapitalistischen Ordnung, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorbereitet. Sie wird vorwärts getrieben und gelenkt durch den einen klaren Willen, die Vollstreckerin dieser historischen Aufgabe zu sein. Um das Banner ihres Programms geschart, stürzt sie sich begeisterungsglähend in den Kampf. In ihr braust das Leben des jungen, aufsteigenden Proletariats, das aus der Gruft seiner Klassenlage empor zum Licht seiner Befreiung drängt. Von strotzender Kraft die Glieder geschwellt, will es seine Zukunft erobern, muß es sie erobern.

Weniger als je verhillt diesmal das Ringen um die Mandate, die Auseinandersetzung um die politischen Tagesfragen, daß der Wahlkampf ein Klassenkampf ist zwischen den beiden Heerlagern des ausbeutenden Kapitals und der ausgebeuteten Arbeit. Die Dinge, die sich der Form nach in den Vordergrund schieben, erhalten ihre tiefste Bedeutung durch den Zusammenhang, in dem sie zu der Klassenherrschaft der Besitzenden, zu dem Klassen-

kampf der werktätigen Massen stehen. Im letzten Grunde tobt die heiß entbrannte Schlacht um die politische Macht, Kapitalismus und Sozialismus sind die Wahrzeichen, unter denen sie hin- und herwogt. Das verwaschene Banner mit der Aufschrift „Los von Rom“, das die greisenhaften Hände des Liberalismus trampfhaft schwenken, kann am wenigsten darüber täuschen.

Es geht um Kapitalismus und Sozialismus sicherlich nicht in dem kindlichen Sinne, als ob der Ausfall des Wahlkampfes über Sein oder Nichtsein der beiden entschiede. Wohl aber muß diese Episode des Kampfes der Klassen das Proletariat entsprechend dem Wachsen der Klassegegensätze ein gut Stück weiter auf seinem Marsche zur Eroberung der politischen Macht führen, die an der Schwelle der sozialistischen Gesellschaft steht. Vorausgesetzt immer, daß das klassenbewußte Proletariat, jeden Nerv und jeden Muskel gestrafft, zielsicher seine ganze Kraft in den Kampf einsetzt.

Seine ganze Kraft! Das besagt, seinem Ringen darf nicht das Verständnis, die Begeisterung, Opferfreudigkeit und Energie seiner Frauen fehlen. Inbrünstiger fast noch als die Männer der frontenden Massen müssen sie mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln herbeiwünschen, das die letzte und festeste Wurzel ihrer sozialen Knechtung und Achtung, der Gebundenheit und Verkümmern ihres Menschentums ist. Die Lebensentfaltung und Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ist in allen Perioden der Geschichte aufs engste mit der Gestaltung der Arbeit und ihrem sozialen Geschick verknüpft gewesen. Nur die Befreiung der Arbeit durch den Sozialismus vermag die Gesamtheit des weiblichen Geschlechts menschlich zu emanzipieren. Mit leidenschaftlicher Hingabe müssen daher die Proletarierinnen das Ihrige dazu tun, daß der Sieg des klassenbewußten Proletariats im Wahlkampf der sozialistischen Ordnung eine breite Gasse brechen hilft. Könnten sie es vergessen, daß die feudale bürgerliche Klassenherrschaft, welcher der Ansturm der proletarischen Heerhaufen gilt, ihnen noch immer die volle politische Gleichberechtigung, insbesondere das politische Wahlrecht, vorenthält: daß heißt die soziale Mündigkeitserklärung, die ihnen ihre Leistungen als Arbeiterinnen und Mütter schon längst geschrieben haben; das heißt die schneidige Waffe, deren sie für ihren Befreiungskampf bedürfen? Wer mit der Sozialdemokratie kämpft, der kämpft für das Bürgerrecht, das Menschenrecht des weiblichen Geschlechts!

In Reich und Glied des klassenbewußten Proletariats, ihr Frauen, die ihr mit Hand und Hirn der kapitalistischen Ordnung zinsset, die ihr mit zehrender Sehnsucht nach starkem, schönem Menschentum verlangt. Die Entwicklung der Klassegegensätze hat seinem Sieg am 25. Januar vorgearbeitet. Helft ihn vollenden! Der Kampf um den Preis fällt in eine große geschichtliche Stunde. Die Weltenuhr holt langsam aus zum Schlage, der mit dem Verenden des moskowitzischen Absolutismus die siegreiche Kraft des jungen russischen Proletariats künden wird, den Triumph der ersten großen proletarischen Revolution. Der großen Stunde auch in Deutschland ein großes Geschlecht!

Tua res agitur!

Tua res agitur! — Um deine Sache handelt es sich, um deine ureigenste Sache! Das können wir beim Eintritt in das neue Jahr angeht des heftig entbrannten Wahlkampfes nicht laut und nachdrücklich genug den Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes zurufen.

Wie immer man auch den Wahlkampf bewerten, von welchem Gesichtswinkel aus man ihn betrachten mag: er peitscht das Interesse der Staatsbürgerin, der Arbeiterin, der Klassenkämpferin, der Gattin, der Mutter und der Hausfrau wach und treibt die Frauen in hellen Scharen auf das Schlachtfeld, wo diesmal mehr denn je „ein Hüben und Drüben“ nur gilt.

Das Drüben: die staatsstreichlisterne Regierung mit den Schutztruppen der Korruption und der Volksauswucherung, den Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten, dem „unentwegten“ Freisinn, denen sich — wenn ihm auch momentan nicht die Regierungssonne scheint — das heuchlerische, völkfeindliche Zentrum zugesellt.

Einladung zum Abonnement.

Die tobende Wahlschlacht lenkt die Aufmerksamkeit der proletarischen Frauen auf ihre Pflicht, um das Banner der Sozialdemokratie geschart an den sozialen Kämpfen unserer Zeit teilzunehmen. Wie es bei der Wahl um das Wohl des arbeitenden Volkes gegen das Tun und Treiben der Lebensmittelwucherer, der Heer-, Marine- und Kolonialschwärmer, der Feinde des Koalitions- und Wahlrechts geht, so stehen auch in den sozialen Kämpfen überhaupt die Interessen der ungeheuren ausgebeuteten Mehrheit des Volkes den Interessen einer kleinen Minderheit von Ausbeutenden und Herrschenden gegenüber.

Die „Gleichheit“ ist in Deutschland die einzige Frauenzeitung, welche die Interessen der Proletarierinnen auf Reformen in der bürgerlichen Ordnung und auf Beseitigung dieser bürgerlichen Ordnung selbst konsequent vertritt. Als das Organ der deutschen Genossinnen wird die Zeitschrift wie in den vergangenen Jahren so auch fernerhin die treue Beraterin der Proletarierinnen für ihre Beteiligung am Befreiungskampf ihrer Klasse sein. Sie wird wie seither mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopparbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Aufgaben erfüllen. Jede Nummer hat eine Beilage, welche, abwechselnd in der Reihe des Erscheins, der allgemeinen Bildung der proletarischen Frau, ihrer besseren Ausrüstung für die Pflichten als Mutter und Hausfrau gewidmet ist und Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken fördern soll. Das Blatt hat im Laufe des letzten Jahres seinen Leserkreis um

Das Hüben: die von Begeisterung und Kampfesmut glühende Sozialdemokratie, als einzige Hüterin der Befreiung, der Freiheit, des Rechtes, der Kultur. Die Sozialdemokratie als Bekämpferin des kapitalistischen Klassenstaats mit all seinen Gebrechen und Verbrechen: seiner abenteuerlichen Weltpolitik und ihrer Blüte; den Kolonialgreueln; seinem Militarismus und Marinismus; seinem Lebensmittelmucher; seiner Klassenjustiz und ihrer Blutrurteile und seiner maßlosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, zu der die Herrschenden in immer höherem Grade die Rechtlosigkeit der Ausgebeuteten gesellen möchten. Die Sozialdemokratie als Vorkämpferin für freiheitliche, demokratische Einrichtungen, als Vorkämpferin für die sozialistische Gesellschaftsordnung, die allen Brot und Kultur gewährt.

In die Reihen der Sozialdemokratie gehören wir Frauen, um als politische Rechtlose zwar nicht zu wählen, wohl aber um als politische reife Klassenkämpferinnen zu wählen, zu agitieren, zu kämpfen.

Der sonst so schönrednerische und wortreiche Bülow hat bei der Reichstagsauflösung kurz und trocken den Grundsatz proklamiert: Die Regierung könne sich bei ihren militärischen Operationen vom Reichstag, von den einzelnen Parteien nicht dreinreden lassen! Der Reichstag, die Volksvertretung soll also zur vollständigen Bedeutungslosigkeit, soll zu einer Körperschaft degradiert werden, die von der Regierung höchstens aus Höflichkeit einmal angehört wird. Das ist der Absolutismus, der Morgenluft weht! Das Regierungsorgan droht denn auch mit dem Staatsreich, mit dem Wahlschraub, falls bei den Wahlen keine gefügige Majorität zusammenkommt. Ja, das muß doch den Indifferentesten, den Fleustesten aufstacheln zum leidenschaftlichen, energievollen Kampfe.

Von gewaltiger, zerschmetternder Wucht muß am 25. Januar des Volkes Antwort auf das Drohen und Trachten der Reaktion sein. Je lawinenartiger die sozialdemokratischen Stimmen anschwellen, desto wichtiger ist auch unser Protest, unsere Anklage gegen alles Unrecht im allgemeinen, das die kapitalistische Ordnung den Ausgebeuteten beschert, gegen die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Proletariats im besonderen. Indem wir in den Reihen der Sozialdemokratie für ihre Ziele, ihre Forderungen kämpfen, setzen wir für das Frauenwahlrecht.

Jetzt in diesem Wahlkampf wird jede denkende Frau unsere politische Rechtlosigkeit und die hierdurch bedingte Minderung ihrer politischen Kampfeskräfte als brennende Schmach empfinden. Verstehen wir politische Rechte, so würden auch wir als Staatsbürgerinnen und Klassenkämpferinnen durch unsere Stimmabgabe protestieren gegen die Staatsrechtgelüste, gegen alle beabsichtigte Schmälerung der Volksrechte, gegen eine eventuelle Wiederbelebung des Antigenwerfgesetzes. Auch wir würden unsere Stimmen in die Waagschale werfen gegen die schier unerträglichen Lasten, die uns der Militarismus und die Weltpolitik auferlegen. Als Hausfrauen würden wir das tun, weil wir wissen, daß Fleisch, Brot, alle Lebensmittel, daß Wäsche, Kleider und Schuhwerk schier unerschwingliche Preise haben infolge einer Zoll- und Handelspolitik, die für uns eine Besteuerung des Hungers bedeutet, während sie der Regierung das Portemonnaie füllt, den Krant- und Schlotjunkern die unergründlichen Geldschätze. Während diese Politik uns und die Unserigen zum Darben verurteilt, ermöglicht sie es jenen Herren, als „Edelste und Beste“ standesgemäß zu leben, verleiht sie ihnen mit Reichtum die soziale Macht, aus ihren Reihen „Nebenregierungen“ zu stellen, die alle gleich gemeinlich sind, mögen sie unter der Firma Noeren (Kolonialskandal), unter der Firma Bued (Buchhausvorlage), unter der Firma Kardorff-Arendt (Höll Hängepeters) oder unter einer anderen Firma die Geschäfte der ausbeutenden Klassen besorgen. Als Mutter und Gattin würden wir durch unsere Stimmzettel protestieren gegen die Kolonialpolitik. Wir bekämpfen sie nicht nur wegen der Greuel, die an die Namen Leist, Behlan, Peters, Arenberg, Kannenberg, Trotha usw. geknüpft sind, nicht nur wegen der Korruption, die illustriert wird durch die Namen Puttkamer, Oberst Fischer, Toppelstich, Woermann, Poddelski usw. Wir sind vielmehr auch dessen eingedenk, daß es meist Söhne proletarischer Mütter sind, die da drüben Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, deren Gebeine vielleicht bereits unter der Sonne Africas bleichen.

Uns mangelt mit dem Wahlrecht die politische Waffe, um unmittelbar für unsere Interessen, unsere Abzeugung zu kämpfen; um so aufopferungsfreudiger und kraftvoller muß unsere Agitationsarbeit für die Sozialdemokratie sein. Jede sozialdemokratische Stimme mehr ist ein flammender Protest gegen das Sündenregister der Regierung und aller bürgerlichen Parteien. Jede Stärkung der sozialdemokratischen Partei bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Eroberung von ungeschmälernten Staatsbürgerrechten von Mann und Frau, aber auch einen Schritt vorwärts zur endgültigen Befreiung des Proletariats. In diesem Bewußtsein rufen wir den proletarischen Frauen und Mädchen zu: **Ginaus in den Wahlkampf! Der Januar 1907 muß ein roter Januar werden, ein Ehrentag der Sozialdemokratie!** Luise Zieg.

Was der letzte Reichstag den Arbeiterinnen versprochen und was er ihnen gehalten hat.

Das schändliche Spiel, das die bürgerlichen Parteien mit den wichtigsten Interessen der Arbeiter treiben, zeigt sich aufs deutlichste in ihrem Verhalten zu der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen.

Wir wollen uns bei einem Überblick darüber auf die offiziellen Kundgebungen der Parteien beschränken, auf die Anträge, welche in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit im Reichstag gestellt worden sind.

In erster Linie steht selbstverständlich der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, nach dem die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen ab 1. Januar 1906 auf längstens 10 Stunden, ab 1. Januar 1907 auf längstens 9 Stunden, ab 1. Januar 1908 auf längstens 8 Stunden festgelegt werden soll. Es folgt das Zentrum mit der Forderung, daß die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter über 16 Jahre in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen auf höchstens 10 Stunden täglich beschränkt werden soll. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags wollten die Herren wenigstens eine Beschränkung der Arbeitszeit für die Fabrikarbeiterinnen auf 10 Stunden täglich, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf 9 Stunden haben. Dasselbe forderte in einem besonderen Antrag das Zentrum zusammen mit den Nationalliberalen und einigen anderen Abgeordneten. Das Zentrum beantragte außerdem, daß die regelmäßige Arbeitszeit in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen auf höchstens 9 Stunden für die Arbeiterinnen festgesetzt wird, welche ein Hauswesen zu besorgen haben.

Selbst die Konservativen wagten es nicht, offen gegen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen vorzugehen. Sie mußten sich mit dem Versuch begnügen, die Sache in der bisherigen Weise noch weiter zu verschleppen. Sie wollten die verbündeten Regierungen ersuchen, vor Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Zwecke der Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiter beziehungsweise der Arbeiterinnen in eine eingehende Prüfung darüber einzutreten, ob und in welchem Umfang durch solche Beschränkungen die Konkurrenzfähigkeit der vaterländischen Industrie gegenüber der des Auslandes erheblich geschwächt wird, und von dem Ergebnis dieser Prüfung dem Reichstag Mitteilung zu machen.

Bevor einer dieser Anträge im Reichstag erledigt worden war, brachte das Zentrum eine Interpellation folgenden Inhaltes ein: Ob erachtet werden könne, daß die verbündeten Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter über 16 Jahre in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen auf höchstens 10 Stunden täglich beschränkt wird? Die Interpellation wurde am 7. Februar 1905 besprochen, wobei der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, mit der ernstesten Miene von der Welt versicherte, daß die Regierungen mit ihren Erwägungen, ob die Arbeitszeit für die Arbeiterinnen verkürzt werden könne, leider noch nicht zu einem Abschluß gelangt seien. Einige Wochen später wurde dann sowohl der Antrag der Sozialdemokraten als auch der Antrag des Zentrums vom Reichstag abgelehnt. Die anderen Anträge blieben bis zum Schlusse der ersten Session unerledigt. Dagegen wurden noch dem Reichstag zur Berücksichtigung die Petitionen überwiesen, welche die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen fordern.

In der zweiten Session, die vom 28. November 1905 bis zur Auflösung des Reichstages dauerte, stellten die einzelnen Parteien die oben angeführten Anträge — mit Ausnahme des Antrages der Konservativen — von neuem. Jedoch kam keiner dieser Anträge zur Verhandlung.

Das Ergebnis ist also, daß der letzte Reichstag trotz der Anträge des Zentrums, der Nationalliberalen usw. nicht das Geringste getan hat, um den Arbeiterinnen die schon längst dringend notwendige Verkürzung der Arbeitszeit endlich zu gewähren. Und doch hatten sich alle Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Konservativen durch ihre Anträge ausdrücklich für die Verkürzung der gesetzlich festgelegten Maximalarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden täglich und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 auf 9 Stunden erklärt. So lautete ja der Antrag, den das Zentrum, die Nationalliberalen und die kleineren Fraktionen im Reichstage eingebracht hatten. Hierzu kamen noch die weiteren Anträge, welche die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Heimarbeiterinnen bezweckten. Für diese Anträge hätten auch schließlich die Sozialdemokraten gestimmt, nachdem ihr weitergehender Antrag abgelehnt worden war. Sie wollten den Arbeiterinnen wenigstens diese kleinen Verbesserungen sichern. Demnach hätten die geforderten Reformen im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen werden müssen, wenn es den bürgerlichen Parteien mit ihren Anträgen in der Sache Ernst gewesen wäre. Wäre letzteres der Fall gewesen, dann würde der Reichstag auch schon die nötige Zeit zur Beratung der Anträge gefunden haben, und schließlich hätten die Regierung sich den Anträgen fügen müssen.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien, welche die Sache aufs äußerste verschleppten, hat aber gezeigt, daß die arbeiterfreundlichen Anträge nichts als eine Komödie sind. Die Herren leisten sich diese nur deshalb, damit sie sich vor den Arbeiterwählern als gar so — große Arbeiterfreunde aufspielen können. Kommt es im Reichstage zu den entscheidenden Abstimmungen, dann bewähren sich die bürgerlichen Parteien als die Stütze der „bürgerlichen Ordnung“, dann lassen sie sich in erster Linie von der Sorge leiten, die Ausbeutungsvorrechte der herrschenden Klasse zu schützen. Daher konnte es in dem letzten Reichstag mit dem Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes nichts werden.

Dies wissen die Regierungen sehr gut. Demgemäß legen sie den arbeiterfreundlichen Anträgen der bürgerlichen Par-

teien nicht die geringste Bedeutung bei und denken gar nicht daran, die in den Anträgen geforderten Gesetzentwürfe auszuarbeiten. So erklärt sich der klägliche Zustand, daß die Verkürzung der Forderung auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung anerkannt wird, und daß trotzdem die Volksvertretung, der Reichstag, sich als unfähig erweist diese Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Die theoretischen Zugeständnisse bezüglich der Verkürzung ihrer Forderung verdanken die Arbeiterinnen dem Drucke der Arbeiterbewegung auf unser wirtschaftliches und politisches Leben. Um aber auch praktische Resultate zu erzielen, muß der Druck mehr und mehr verstärkt werden. Hierzu bietet die gegenwärtige Wahlbewegung eine sehr günstige Gelegenheit. Die Arbeiterinnen müssen mit aller Kraft in die Agitation eingreifen, müssen den bürgerlichen Parteien ihre Untätigkeit in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit vorhalten und die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten empfehlen, weil einzig und allein die Sozialdemokratie tatkräftig für die Interessen der ausgebeuteten Frauen eintritt. Auf diese Weise müssen die Arbeiterinnen beweisen, daß sie sich nicht mehr mit leeren Redensarten abspießen lassen. Je mehr die Arbeiterinnen so an der Wahlarbeit mithelfen, desto stärker wird die sozialdemokratische Fraktion in dem neuen Reichstag vertreten sein, desto erfolgreicher wird sie dann für die Verkürzung der Arbeitszeit wirken können, desto klarer werden dann aber auch die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit erkennen, sich den Forderungen der Arbeiterinnen zu fügen.

Hanau a. M.

Gustav Hoch.

Gegen den Lebensmittelmucher!

Der Reichstag ist aufgelöst worden. Wir dürfen uns dessen mit Zug freuen. Der Auflösung folgen die Neuwahlen auf dem Fuße. Neuwahlen aber, das besagt nichts anderes, als Kampf gegen die Zustände, unter denen wir leiden. Solcher Zustände haben wir mehr als genug. Ein Ubel aber ist es vor allem, das uns Frauen in die Wahlkloster ruft. Der Lebensmittelmucher schwingt seine Peitsche über uns. Er verbannt das Fleisch von unserem Tische, er verkleinert die Portionen unserer geliebten Kinder, er hungert uns aus. Kampfuntüchtig will er uns machen, damit wir uns um so leichter ducken sollen. Dagegen müssen wir kämpfen. Wir als Frauen! Gerade als Frauen trifft uns der Lebensmittelmucher, und er trifft uns in manchen Stücken noch härter als die Männer. Das weiß jede Arbeiterin, die feussend nachrechnet, ob sie mit ihrem schmalen Lohne auskommt; das weiß erst recht jede Hausmutter, die mit wenig Wirtschaftsgeld viel hungrige Mägen satt machen soll. Die Frau steht im Kleinkampf des Lebens. Sie hat sich mit den Pfennigen herumzuschlagen, und der Kampf mit ihnen ist schwerer geworden in unseren Tagen. Zu schwer!

Wer oder was ist schuld daran? Wir haben eine Zeit geschäftlichen Aufschwungs, und die Löhne sind gestiegen. Aber schneller als sie sind die Lebensnotwendigen Ausgaben in die Höhe gegangen. Gefährlich wie die mageren und unerfättlichen Kühe der biblischen Hungerjahre in Ägypten haben Wohnung und Lebensmittel, Feuerung und Licht mehr, weit mehr als das Hinabgeschlungen, um was der Lohn größer geworden ist. Alles ist teurer geworden. Die Mieten beanspruchen ein Fünftel bis ein Drittel des Arbeitereinkommens, die Kohlen sind im letzten Jahrzehnt um 40 bis 50 Prozent in die Höhe gegangen; Rindfleisch, das 1896 in Frankfurt je nach Qualität 45 bis 70 Pf. pro Pfund kostete, stand im Oktober 1906 auf 70 bis 85 Pf. und 1 Mk. Das kommt einer Preissteigerung von 55 Prozent gleich. Bei Kalb- und Schweinefleisch ist die Verteuerung noch schlimmer. Die Preise für eine Anzahl anderer Nahrungsmittel sind ebenfalls bedeutend in die Höhe gegangen. Kartoffeln kosteten in diesem Herbst statt wie sonst 4,5 bis 5 Mk. pro Malter (Doppelsentner) 6,5 bis 7,5 Mk. Aus den Berichten der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten tönt überall die Klage, daß das Steigen der Löhne in keinem Verhältnis zum Anziehen aller Lebensmittelpreise, zur Kostensteigerung der Lebenshaltung überhaupt steht.

Aber wir brauchen keine Preistabellen und kein Urteil aus Beamtenkreisen, um zu wissen, was die Glocke geschlagen hat. Nur zu gut spüren wir das am eigenen Leibe. Und handelte es sich nur um uns allein! Wir Frauen sind daran gewöhnt, erst zuletzt oder gar nicht an uns zu denken. Aber da sind unsere Kinder. Fleisch kommt bei vielen von uns kaum noch auf den Tisch. Gemüse und Obst, die von der modernen Wissenschaft so hoch gepriesenen Nährmittel, sind unerschwinglich. An allen Ecken und Enden muß gespart werden. Das Sparen steigert sich nur zu oft notgedrungen zum Darben, zum Entbehren. Was Wunder da, daß unsere Kinder blaß und elend werden. Wir wissen wohl, woran es fehlt. Es krampft sich uns das Herz zusammen, und die Hand ballt sich zur Faust.

Daß die Lebensmittelerhöhung ungenügende Ernährung, schlechten Gesundheitsstand verschuldet, das mag uns ein Arzt bestätigen. In der „Medizinischen Reform“ ruft Professor Fleisch, der bekannte Frankfurter Frauenarzt, die Ärzte gegen die künstlichen Preissteigerungen auf den Plan. Alle Steuerzulagen und Lohnsteigerungen sind nach ihm nicht imstande, der Preissteigerung der Lebensmittel die Wage zu halten. Da müßten die Ärzte mitwirken, den heutigen Kurs zu überwinden, indem sie durch Erhalten aus ihrer Praxis zeigen, wie verheerend in zahllosen Familien die Unterernährung wirkt.

Woher aber die Verteuerung alles Lebensbedarfs? Das müssen wir Frauen fragen. Und die Antwort auf unsere Frage liegt klar zutage. Die gegenwärtige unerträgliche Leuerung ist nichts Unabänderliches, nichts, was in den natürlichen Verhältnissen begründet wäre. Sie ist vielmehr mit Absicht und Vorbedacht durch Zölle und Steuern geschaffen worden. Geschaffen zur Aufrechterhaltung und Befestigung einer Ordnung, die einigen wenigen allen Reichtum und alle Lebensfreude in überströmender Fülle zuerteilt und dafür Millionen und aber Millionen ins Elend stürzt. Und mit dieser Ordnung gilt es am Wahltag abzurechnen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und einiger weniger bürgerlicher Politiker sind sie alle schuld daran, die das Volk als seine Vertreter, als Schützer seiner Interessen und Rechte in den Reichstag entsandt hatte. Von den reaktionärsten Kraut- und Schlotbaronen bis zu den röttesten Schattierungen der Freisinnigen und anderer bürgerlicher Demokraten haben sie alle im Verein mit der Regierung dazu mitgeholfen, dem Volke Brot, Butter, Fleisch, Milch und alle anderen Lebensmittel wucherisch zu verteuern.

Am schuldigsten an dem Lebensmittelwucher ist aber das Zentrum. Denn beim Zentrum war die Macht, ihn zu verhindern. Ohne das Zentrum kein Zolltarif! Ohne das Zentrum keine Grenzsperrung und keine andere „Liebergabe“ an die Junker und Junkerengenossen! Zur Volksauswucherung dann der Volksbetrug. Die Zollräuber verkleideten sich als „Arbeiterfreunde“. Aus den Überschüssen des neuen Zolltarifs sollte den Witwen und Waisen ein Notmätelchen gemacht werden. Die reinste Politik des Doktor Eisenbart. Man hungert die Massen aus, man verelendet sie, mit einem Wort: man schafft Witwen und Waisen und gibt ihnen dann ein Almosen. Da fällt einem ein altes Liedlein ein, in dem es heißt: „Erst will er mir den Kopf abheben — dann widder uffschwätze.“

Nun ist die Gelegenheit gekommen, für Volksauswucherung und Volksbetrug mit dem Zentrum wie mit allen bürgerlichen Parteien und der Regierung abzurechnen. Das muß gründlich geschehen. Und dazu müssen auch wir Frauen mithelfen. Wenn uns die Rücksicht auf unser eigenes Wohl und Wehe, auf das Wohl und Wehe unserer Brüder nicht dazu antreibt, so muß uns die Mutterliebe in den Wahlkampf führen. Es gilt in ihm das Brot unserer Kinder! Es gilt ihre Gesundheit, vielleicht sogar ihr Leben! Leuzungsjahre sind nachweislich Jahre hoher Kindersterblichkeit. Unsere heilige Pflicht ist es, im Wahlkampf mit dabei zu sein, um das Wohl der Massen gegen eine kleine Zahl Reicher, Mächtiger und Unerfättlicher zu verteidigen.

Noch ist es uns Frauen verlag, mit dem Stimmzettel zu kämpfen. Aber trotzdem können wir viel tun, um der Sache des Volkes zu dienen und zu nützen. Unsere Männer, Söhne und Brüder können wir für den Kampf begeistern, die Gleichgültigen können wir aufrütteln, die Lauen beschämen. Dadurch und auf andere Weise noch können wir dazu beitragen, daß ein Reichstag zustande kommt, welcher dem schändlichen Lebensmittelwucher ein Ende macht. Bieten wir alle Kräfte auf, damit die arbeitenden Massen allen bürgerlichen Verrätern ihrer Interessen und Rechte den Laufpaß geben, daß sie keinen einzigen von ihnen wieder ins Parlament entsenden. Der 25. Januar muß ein Siegestag der Sozialdemokratie werden. Sie ist die einzige politische Partei, welche den Lebensmittelwucher mit aller Energie bekämpft hat und noch bekämpft. Sie ist auch heute die einzige Partei, welche im Interesse der Volksmassen grundsätzlich und nachdrücklich für eine radikal umgeänderte Zoll- und Steuerpolitik eintritt. Sie fordert die Aufhebung aller Zölle, Steuern und Abgaben, welche den Lebensbedarf des kleinen Mannes künstlich verteuern und dadurch Entbehrungen und Jammer in seine Familie tragen. Sie will, daß die Massen des Reiches durch eine Vermögens- und Einkommenssteuer gefüllt werden, welche den Besitz trifft, und die daher mit der Größe des Geldsacks steigt. Sie kämpft gegen die Auswucherung der arbeitenden Massen als Verbraucher und Steuerzahler, wie sie gegen ihre Auswucherung als Arbeitskräfte kämpft. Mit ihr ist das Recht, mit ihr muß der Sieg sein! Frauen, heraus! Heraus zum Kampfe wider den Lebensmittelwucher!

Aus dem Reiche der Zentrumsgrafen.

Das deutsche Belgien! So wird treffend Oberschlesien genannt. Hier wie dort erbärmliche Arbeiterverhältnisse und Pfaffenherrschafft. Alle Folgen eines ungezügelter Kapitalismus, einer brutal rücksichtslosen, demagogisch verüllten Profitgier zeigen sich in Oberschlesien. Schamlos lange Arbeitszeiten bei tief traurigen Löhnen, hohe Krankheits- und Sterbeziffern, Frömmigkeit und Schnapspest! — Und im Reiche der Zentrumsgrafen ist die Frau mindestens ebenso sehr Arbeitstier, wie in den verrufensten ostelbischen Gefilden. Während die Pfaffen von der Kanzel und die Zentrumsstaplane von der Reichstagstribüne die Frau ins Haus verweisen, holen die frommen Zentrumsgrafen die Frauen zu Tausenden in Fabrik und Bergwerk hinein. Nicht als Mitglieder einer Gemeinde, die das Weib idealisiert, reißen die Frommen die Frau aus dem Hause, sondern um sie als billiges Arbeitstier auszubeuten. Die Pfaffen predigen die Rechtlosigkeit der Frau als etwas Gottgewolltes, als ein Ideal, und die frommen Kapitalisten beuten diese Rechtlosigkeit im Dienste der Plutokratie rücksichtslos aus. Fast nirgends sonst als in Schlesien wird die Frau in der deutschen Hüttenindustrie beschäftigt; dort ist die Liebe für die billige Frauenarbeit ganz besonders stark entwickelt. Ja die frommen Herrschaften scheuen sich nicht, die Töchter des Volkes in die allergesundheitschädlichsten Betriebe hinein-

zustecken. Wir geben hier über den Anteil der Männer- und Frauenarbeit in den ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerken folgende Zusammenstellung. Es wurden beschäftigt:

	3. Quartal 1905	3. Quartal 1906
	Arbeiter	Arbeiterinnen
In Steinkohlengruben . . .	85205	4917
• Eisensteingruben . . .	830	615
• Zink- u. Bleierzgruben . . .	9700	3165
• Koks- u. Cindersfabriken . . .	3098	498
• Zementfabriken . . .	145	—
An Hochöfen . . .	4267	763
In Eisen- u. Stahlgießereien . . .	3312	46
• Walzwerksbetrieben . . .	18909	683
• Zinkblenderöfthütten . . .	2030	332
Bei Kohlenbarstellung . . .	6930	1350
In Zinkblechwalzwerken . . .	982	19
• Blei- und Silberhütten . . .	819	10
	186227	12998
	187412	12197

Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft beträgt für das letzte Quartal 8,15 Prozent, er hat aber schon 10 Prozent betragen. Er ist zurückgegangen, nicht weil die Verhältnisse sich gebessert haben, weil etwa die Löhne der Männer so stark gestiegen sind, daß auf die Mitarbeit von Frauen und Töchter verzichtet werden kann. Nein, im Gegenteil, die Arbeitsverhältnisse sind so miserabel, daß viele Frauen die günstigere Arbeitsmöglichkeit in anderen Berufen gern ergreifen und dem Machtbereich der frommen Schlotjunker entfliehen. Diese genießen sich wahrlich nicht, männliche Arbeiter aufs Pfaster zu werfen und dafür mehr billige Frauen auszubeuten. So stieg zum Beispiel die Zahl der Gesamtbelegschaft im 4. Quartal 1902 gegenüber derjenigen im 4. Quartal 1901 um nur 649, die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen hatte aber in dieser Zeit um 990 zugenommen, das heißt: männliche Arbeiter waren entlassen worden, dafür hatte man Frauen herangezogen. Die Zahl der beschäftigten Männer war von 123043 auf 122862 gesunken, die weiblichen Arbeitskräfte hatten sich dagegen von 11890 auf 12320 vermehrt. Das ist praktische Sozialpolitik der frommen Mehrwertskluder. Den Grund der heißen Vorliebe für die weibliche Arbeitskraft macht auch dem Dummsten ein Blick auf die nachstehende Lohn-tabelle verständlich. Nach der amtlichen Statistik betragen die Durchschnittstageslöhne im ober-schlesischen Kohlenbergbau:

	3. Quartal 1906	Im Jahresmittel 1905
	M.	M.
Für unterirdisch beschäftigte eigent-liche Bergarbeiter . . .	3,59	3,50
• sonst. unterirdisch Beschäftigte . . .	3,38	3,22
• über Tage beschäftigte erwachsene männliche Arbeiter . . .	2,77	2,70
• jugendliche männliche Arbeiter . . .	1,05	1,01
• Arbeiterinnen . . .	1,16	1,13

Aus dieser Tabelle ergibt sich erstens ein unglaublich tiefes Lohnniveau im allgemeinen, zweitens eine ganz besonders schofle Entlohnung der Arbeiterinnen und drittens ein ungemein kraßes Mißverhältnis zwischen Männer- und Frauenlöhnen. Der höchste gezahlte Lohn von 3,59 M. für die Kohlenhauer, die tief unten im Schacht in steter Lebensgefahr schwer schaffen, ist durchaus unzulänglich. Mit Löhnen von 3,38 M. und 2,77 M. für die übrigen erwachsenen männlichen Arbeiter kann natürlich noch viel weniger eine Familie existieren. Durch diese erbärmlichen Löhne werden die Frauen in die Gift- und Mordhütten hineingezwungen; sie müssen zum Unterhalt der Familie beitragen. Und wie entlohnen die schwerreichen, frommen Zentrumsgrafen die Arbeiterinnen? Wenn es nicht amtliche Zahlen wären, die darüber vorliegen, würde man an ihrer Wichtigkeit zweifeln! Für einen ganzen Tag bekommen die Frauen 116 Pfennig! Sage und schreibe einhundertsechzehn Pfennig für elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit! Also nicht ein mal 10 Pf. für die Stunde! Und für diesen Schandlohn müssen die Frauen dieselbe Arbeit verrichten, wie die über Tage beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter. Die Frauenarbeit wird nicht halb so hoch bezahlt wie Männerarbeit. Da braucht man nicht länger zu forschen nach den Ursachen der „frommen Liebe“ für die Einstellung von Arbeiterinnen.

In den Hüttenbetrieben sind die Verhältnisse teilweise noch betrübender als im Bergbau. Leider liegen uns detaillierte Angaben über die Lohnunterschiede nicht vor. Daß es in den Hütten aber noch weniger rosig aussieht wie auf den Kohlenwerken, läßt eine Zusammenstellung der Durchschnittslöhne erkennen. Es betrug der Jahresdurchschnittslohn im Jahre 1905 für die Versicherten

der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft . . .	1413,— M.
im ober-schlesischen Kohlenbergbau . . .	867,— „
in der Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft . . .	850,89 „

In den gesegneten Gefilden Schlesiens ist heute der Lohn für die Eisen- und Stahlarbeiter um 10 M. niedriger als im Jahre 1900. Damals wurde noch ein Jahreslohn von 877 M. erzielt, heute dagegen nur noch von 867 M. Dafür haben die Arbeiter einen anderen Vorteil; seit 1889 ist die Unfallziffer um 160 Prozent gestiegen. Was das bedeutet, weiß jede Arbeiterfrau, deren Mann oder Sohn einmal als Verwundeter auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“ gefallen ist.

Mehr Arbeit, weniger Lohn, erhöhte Kranken- und Unfallziffern: das ist ein Kulturbildchen aus dem Herrschaftsbereich jener Leute, die als Vertreter des Christentums in demagogischer Weise das Volk betrügen. Die Arbeiter werden

auf den Himmel verwiesen, selbst aber sammelt, nein rafft man in ungezügelter Gier Reichtümer zusammen, unbekümmert darum, daß bei der wilden Jagd nach Gold — Gold, gepreßt aus Arbeiter- und Arbeiterinnenschweiß — zahllose „Ebenbilder Gottes“ körperlich und geistig verkommen. Jene Verhältnisse erklären es auch, daß die Zentrümmer trotz aller zur Schau getragenen Volksfreundlichkeit fanatische Feinde der Aufklärung, der geistigen Hebung der Arbeiterschaft sind. Darum die Verschlechterung der Volksschule, darum auch die Feindschaft gegen die Freizügigkeit der Arbeiter und gegen das Koalitionsrecht, daher die Gründungen von gewerkschaftlichen Sonderorganisationen, kurzum, daher die ungeheure große Summe von Arbeiterverrat, die das Zentrum auf dem Gewissen hat.

Jetzt wieder wird die ganze Meute pfäffischer Demagogen auf die Arbeiterschaft losgelassen, um sie mit den bekannten Kliffen und Pfaffen in den Zentrumsstall hineinzutreiben. Wie es den Arbeitern ergehen würde, wenn die Zentrümmer vollständig zur Herrschaft gelangten, davon gibt Oberschlesien ein abschreckendes Beispiel. Und die Frauen, durch welche nach der christlichen Lehre allein die Sünde, und damit alle Not, alles Elend in die Welt gekommen sein soll, die Frauen, die nach der nämlichen Lehre dem Manne untertan und dienstbar sein sollen, sie haben besondere Ursache, der Pfaffen-herrschaft entgegenzuarbeiten. Darum, Frauen des werktätigen Volkes, sorgt bei den Wahlen für eine Niederlage der Volksfeindin, der Zentrumsparthei! w. d.

Umsturz und Revolution.

I.

Was haben Frauen mit der Politik zu tun? — Das ist eine Frage, die man in bürgerlichen Kreisen heute noch mit der gleichen Verständnislosigkeit stellt, wie vor Jahrzehnten. Sonderbarerweise jedoch suchen dieselben Leute, die so reden, die Proletarierfrau zur Einnischung die Politik zu mißbrauchen. Freilich auf ihre Art, so von hinten herum. Es ist eine Tatsache daß in außerordentlich vielen Fällen die Besitzenden und ihre Vertreter, als da sind Fabrikherren, Geistliche, Lehrer usw., mit unerträglichem Eifer darauf bedacht sind auf die Proletarierinnen zu politischen Zwecken einzuwirken, und zwar in der Absicht, durch den Einfluß der Frauen deren Männer von der „Umsturzparthei“ abzugeben. Was würden diese Herren wohl sagen, wenn jemand es wagen würde, ihre eigenen Frauen zu bereden, daß sie den Herrn Gemahl zur Abkehr von der konservativen oder der liberalen Partei bewegen sollen? Sie würden das als eine Unverschämtheit zurückweisen. Auch hier wieder sieht man die Nichtachtung, mit der die Besitzenden der gesamten Arbeiterklasse begegnen! Die Arbeiterfrau dünkt ihnen gerade gut genug, um als Mittel ihrer Pläne zu dienen; die einfache Frau aus dem Volke halten sie für einfaßig genug, um sich von ihnen als Werkzeug mißbrauchen zu lassen zu Diensten, die sie sich bei ihren eigenen Frauen schönstens verbitten würden!

Nun haben wir Sozialdemokraten natürlich gar nichts dagegen, daß die Frauen sich mit Politik befassen. Im Gegenteil, unsere Zeitschrift verfolgt ja den Zweck, die Frauen für die Politik zu interessieren. Wir sehen es deshalb ganz gern, wenn die Frauen aufgefordert werden, sich um das politische Leben zu kümmern, das der Männer Geist oft ganz ausfüllt. Nur sollen sie sich nicht als Herdentier mißbrauchen lassen, das blindlings den Einküsterungen anderer folgt, sondern sie sollen die Gründe, die man ihnen sagt, selbstständig überdenken und prüfen und dann dem Mann wie der Öffentlichkeit gegenüber so handeln, wie sie selbst es für richtig befunden haben.

Hört man nun, was für Gründe angeführt werden, um der Frau vor der Sozialdemokratie graulich zu machen, damit sie ihrerseits auch den Mann von ihr abzuziehen suche, so ist es besonders der folgende. Die Männer, so heißt es, würden von selbst der Sozialdemokratie fernbleiben, wenn sie über deren wahre Absichten richtig Bescheid wüßten. Aber die Sozialdemokraten sind eine schlaue Bande, sie sagen nicht, wo sie eigentlich hinauswollen, sie verschleiern ihre Ziele. Den Männern, den Wählern sagen sie, daß dies und jenes in ihrer Lebenslage schlecht sei, und daß man es bessern müsse. Sie versprechen, dafür zu wirken, daß Verbesserungen eingeführt werden, und damit fangen sie die Wähler. Aber die versprochenen Reformen sind ihre eigentlichen Ziele nicht. Verbesserungen wollen auch die bürgerlichen Parteien erreichen; die Sozialdemokraten wollen jedoch ganz etwas anderes; sie wollen die Massen, die ihnen ins Garn gegangen sind, viel weiter führen: nämlich zum Umsturz, zur Revolution!

Diese Worte sollen Eindruck machen auf die Arbeiterfrauen. Man rechnet darauf, daß sie ängstlich werden, wenn sie hören, zu welcher „grauslichen“ Dingen die bösen Sozialdemokraten ihre Männer fortzuziehen wollen, und daß sie dann die Ihrigen bestürmen werden, davon abzulassen.

Nun, eine denkende Frau, die etwas auf sich hält, wird das nicht blindlings glauben, sondern sie wird mit sich selbst zu Rate gehen und auch ihren Mann um seine Meinung fragen, ehe sie auf ihn einzuwirken beginnt. Und da wird sie dann hören, daß es uns Sozialdemokraten im Traume nicht einfällt, unsere Ziele zu verschleiern. Jedes Zeitungsblatt, jeder Kalender, ja jedes Flugblatt, wie sie zu Wahlzeiten millionenfach verbreitet werden, spricht es klar und deutlich aus, was wir wollen. Wir denken gar nicht daran, hinter dem Berge damit zu halten, daß wir keine friedlichen Lämmerschwänzen sind, sondern wirklich und wahrhaftig das wollen, was unsere Gegner erzählen, nämlich Umsturz und Revolution.

Wenn somit die denkende Frau erfährt, daß ihr Mann keineswegs hintergangen ist, sondern ganz gut weiß, wohin die Reise geht, so wird sie sich vernünftigerweise sagen: er muß doch seine Gründe dazu haben. Und sie wird, wenn sie verständig ist, diese Gründe zu erfahren wünschen, um sie selber nachzuprüfen. Deshalb wollen wir sie hier mitteilen.

Da muß nun zunächst gesagt werden, daß die beiden Worte Umsturz und Revolution nicht zweierlei ausdrücken, sondern genau dasselbe bedeuten. Revolution ist ein Fremdwort für das deutsche Wort Umsturz. Nun hat das Wort Umsturz freilich einen rauhen, gewaltsamen Klang. Aber was bedeutet es denn im Grunde? Doch nichts weiter als vollständige Umänderung. Wenn also gesagt wird, die Sozialdemokraten wollen Umsturz und Revolution, so ist damit nichts weiter ausgedrückt, als daß die Sozialdemokraten eine vollständige, bis auf den Grund gehende Umänderung der jetzigen Zustände herbeiführen wollen.

Und das soll ein Verbrechen sein? Ist denn solche Umänderung nicht nötig? Leben wir denn in so rosigem Zuständen, daß sie keiner Umänderung bedürfen? Fragen wir doch die Behörden selbst, die dazu berufen sind, solche Dinge festzustellen.

Die neuesten Zahlen, die wir da brauchen können, stammen aus der amtlichen Berufszählung des Jahres 1895 (die nächste Zählung findet erst im Jahre 1907 statt). Damals gab es im Deutschen Reich 52 Millionen Einwohner. Davon waren erwerbstätig 22 Millionen (die anderen waren Angehörige, Frauen, Kinder usw.; eine kleine Anzahl hatte den Beruf nicht angegeben). Von diesen 22 Millionen waren selbständig nur 5 1/2 Millionen, abhängig dagegen fast 15 1/2 Millionen (der Rest von 1 Million kommt auf Militärpersonen, Rechtsanwälte, Ärzte usw.). Rechnet man hierzu die Angehörigen, so kommen auf die Klasse der Selbständigen etwa 11 1/2 Millionen, auf die Klasse der Abhängigen dagegen 32 1/2 Millionen. Fast zwei Drittel der Nation also waren gezwungen, ein abhängiges, unfelbständiges, gedrücktes Dasein zu führen. Ist das ein so beneidenswerter Zustand, daß man seine Umänderung nicht wünschen darf?

Ober betrachten wir das Einkommen, von dem die Leute leben müssen. Da haben wir freilich keine Zahlen für das ganze Deutsche Reich, weil es leider für das Reich keine direkte Einkommensteuer gibt. Aber wir können mit Zahlen für den größten Bundesstaat, für Preußen, aufwarten, mit Zahlen, die den verwegenen Ansprüchen genügen dürften.

Im Jahre 1901 lebten in Preußen ungefähr 34 Millionen Menschen. Deren Einkommen betrug:

unter 900 M.	bei 20 1/2 Millionen
zwischen 900 und 3000	= 11 1/2 %
„ 3000 „ 10000	= 1 1/2 %
„ 10000 „ 100000	= 1/4 %
über 100000	= 10000

Man sieht schon an diesen Zahlen, daß fast zwei Drittel aller Einwohner Preußens Hungerleider sind, deren Einkommen noch nicht einmal 900 M. jährlich erreicht, und daß nur äußerst wenige ein behagliches Leben mit über 3000 M. jährlich führen können. Die Zahl der Reichen nun gar, die mehr als 10000 M. jährlich zu verzehren haben, ist winzig. Das wird noch klarer, wenn man sich vergegenwärtigt, was die obigen Zahlen ergeben, wenn man sie auf je 100 Preußen verteilt. Dann kommt man zu folgendem Ergebnis. Von je 100 Preußen haben:

unter 900 M.	60 1/2 Millionen
zwischen 900 und 3000	= 34 1/2 %
„ 3000 „ 10000	= 4 %
über 10000	= 1 %

Es stimmt also. Fast zwei Drittel der Bevölkerung in Preußen haben nicht einmal satt zu essen (unter 900 M.), und das letzte Drittel befindet sich in jener Lage, wo man eben gerade satt zu essen hat, aber auch weiter nichts (900 bis 3000 M.). Wohlhabend (mit 3000 bis 10000 M.) sind von 100 Preußen immer nur vier und reich ist nur ein einziger! Fast die gesamte Bevölkerung Preußens leidet Not. Nicht mehr als 5 von 100 haben Anlaß, mit den herrschenden Zuständen zufrieden zu sein. Und das lehren die amtlichen Zahlen!

Wir wollen nun weiter nicht davon reden, daß selbst die ganz Reichen keine gesicherte Existenz haben. Ist es doch schon oft genug vorgekommen, daß Reichtum verloren gegangen und daß jemand vom stolzesten Glanz in die bitterste Armut hinabgeschleudert worden ist. Wir wollen uns auch dabei nicht aufhalten, daß in der Klasse der Wohlhabenden der Fall keineswegs selten ist, daß durch unverschuldetes Unglück — durch den Tod des Ernährers zum Beispiel — die ganze Familie in äußerster Not versinkt, so daß also, bei Lichte besehen, selbst diese alles Interesse an der Befestigung solcher Gefahren haben. Wir wollen uns vielmehr mit dem großen Haufen der Hungerleider befassen, deren Einkommen noch nicht einmal 900 M. jährlich erreicht.

900 M. im Jahre, das macht 75 M. im Monat oder 17,80 M. die Woche. Gewiß ein jämmerliches Einkommen. Und doch, wenn die deutschen Arbeiter und deren Frauen diese Zahlen hören, so werden sie in ihrer großen Mehrheit ausrufen: Ja, wenn wir das nur hätten! In der Tat, dies ist der höchste Lohn, den zwei Drittel der Bevölkerung erreichen, aber durchaus nicht ihr gewöhnlicher Lohn. Der ist weit niedriger. Der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters betrug im Jahre 1901 nicht mehr als 651 M. jährlich, das heißt 54 1/4 M. im Monat oder 12 1/2 M. in der Woche. Das ist eine Zahl, die den wirklichen Tatbestand schon weit anschaulicher macht. Die Arbeiterfrauen werden es ganz genau wissen, daß dies ungefähr der Lohn ist, den

ihre Männer für die schwere, harte Arbeit einer Woche verdienen, aber auch nicht immer! Häufig, sehr häufig sind die Fälle, wo der Lohn noch niedriger bleibt, bis herab zu 10, ja zu 9 M.!

Das war im Jahre 1901, und daß seitdem die Zustände nicht besser, sondern schlimmer geworden sind, das hat jede deutsche Arbeiterfrau am eigenen Leibe verspüren müssen.

Die Verteidiger der Satten, denen es gut geht, und die deshalb mit den bestehenden Zuständen zufrieden sind, werden hiergegen einwenden, daß wir, um schwarz zu malen, eine besonders schlimme Zeit ausgewählt haben. Das Jahr 1901 gehörte in die Zeit des geschäftlichen Niedergangs, seit 1900 wütete bereits die Krise. Nun bewegt sich aber das wirtschaftliche Leben in Wellenlinien; immer auf und ab geht es, auf magere Jahre folgen immer wieder fette. Und kurz vor dem Jahre 1901 war solche fette Zeit. Die Arbeiter hätten also keinen Grund zu verzagen, es würde auch wieder besser werden.

Prüfen wir auch das. Werfen wir einen Blick auf die „fette“ Zeit, auf den wirtschaftlichen Aufschwung, der in der Tat von 1894 bis 1900 geherrscht hat. Und wirklich: im Jahre 1899, also zu einer Zeit, wo der gute Geschäftsgang seine volle Wirkung bereits längst entfaltet, betrug der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters bare 100 M. mehr als wir oben angegeben haben, nämlich 752 M. statt 651 M. — Ja, aber was ist denn das Großes? Das macht noch nicht einmal 2 M. pro Woche aus; die Arbeiter hatten also damals, in der „guten“ Zeit, durchschnittlich ganze 14 1/2 M. Wochenlohn. Ist denn das nicht ebenfalls ein ganz jämmerliches Einkommen? Ob man mit 12,50 M. oder mit 14,50 M. langsam verhungert, das kommt wohl so ziemlich auf eins heraus. Und diesen jämmerlichen Lohn hatten die deutschen Arbeiter in einer außerordentlich günstigen Zeit! Da man uns nun gesagt hat, daß das wirtschaftliche Leben sich in Wellenlinien bewegt, so daß einer guten Zeit immer wieder eine schlechte folgt — was werden wir daraus schließen müssen? Daß die Arbeiter in der „guten“ Zeit erbärmliche Löhne haben und später zur Abwechslung noch erbärmlicher!

Ferner: Was nützt den Arbeiter der Trost, es werde später wieder besser kommen? Wird er und seine Familie heute davon satt, daß er in sechs oder sieben Jahren wieder eine Kleinigkeit mehr kriegt? Werden die Kinder, die heute aus Mangel an Nahrung und Pflege zugrunde gehen, nach sechs Jahren, in der angeblich „guten“ Zeit, wieder lebendig? Es ist doch eigentlich nur ein Hohn, den Arbeiter mit dergleichen trösten zu wollen!

Jedoch die „gute“ Zeit lehrt uns noch mehr. Sobald die Geschäfte flott gehen und rege Nachfrage nach allen Bedarfsartikeln vorhanden ist, gehen die Preise alles dessen, was der Arbeiter braucht, gewaltig in die Höhe. Im Jahre 1898 und 1899 waren Brot, Kartoffeln, Fleisch, Seife, Petroleum, Zucker, Serringe, Reis usw. usw. bedeutend teurer als 1894. Und zwar drehte es sich nicht um kleine Preisunterschiede. Das Petroleum allein zum Beispiel war um 40 Prozent im Preise gestiegen; das bedeutet: so viel Petroleum, wie man 1894 für 1 M. bekommen hatte, kostete jetzt 1,40 M. Besonders aber war die Miete teurer geworden. Es kam also darauf hinaus, daß die Arbeiter mit den etwas erhöhten Löhnen noch nicht einmal so gut leben konnten wie vor Beginn der „guten“ Zeit!

Gut war die Zeit freilich, nur nicht für die Arbeiter, sondern für andere Leute. Nur ein paar Beispiele wollen wir anführen, um zu zeigen, wer die Vorteile der guten Zeit eingestekt hat. Eine einzige Aktiengesellschaft, der „Hörder Bergwerksverein“, hatte im Geschäftsjahr 1894/95 einen Reingewinn von nicht ganz einer Million Mark, im Jahre 1898/99 dagegen hatte er 5 Millionen! Der „Schweizer Bergwerksverein“ hatte 1894/95 etwas über 1 Million, 1898/99 über 2 1/2 Millionen Mark. Die „Deutsche Bank“ hatte 1895 gegen 11 1/2 Millionen Mark Reingewinn, 1899 hatte sie fast 20 1/2 Millionen! Die „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ hatte 1895 nicht ganz 3 Millionen, 1899 weit über 8 Millionen Mark! Und das sind keine Ausnahmen, sondern alle kapitalistischen Unternehmungen sahen ihre Einnahmen Jahr für Jahr in diesem kolossalen Maße steigen.

Ach ja, es gibt Geld, es gibt Lebensgenuss in der Welt in Hülle und Fülle, nur nicht für die Arbeiter! J. B.

Die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in München.

Die Kirche hat einen guten Magen. Wenn sie irgend einen neu auftauchenden Gedanken, eine aufstrebende Bewegung lange genug mit allen Mitteln ihrer Macht bekämpft hat und endlich einsehen muß, daß das Neue sich nicht länger unterdrücken läßt, dann hat sie es noch immer verstanden, das, was sie eben noch mit Acht und Bann verfolgte, in sich aufzunehmen und ihren Interessen nutzbar zu machen. So hat es die Kirche auch gegenüber der modernen Frauenbewegung gehalten. Lange genug hat sie die Bestrebungen der Frauen, die der bürgerlichen sowohl wie der proletarischen, verespert und verschrien. Als sie aber befürchten mußte, daß die eigenen Schäflein am Ende in den fremden Stall laufen möchten, machte sie sich eilig daran, selber einen zu bauen. Und sie widmete sich dieser Tätigkeit gleich mit so viel Energie und Talent, daß nach nummehr drei Jahren schon

ein ganz respektablem Bau da steht, der äußerlich den „Anforderungen der Neuzeit“ zu entsprechen scheint. Der „Katholische Frauenbund“ ist im November 1903 ins Leben gerufen worden, aber erst ein Jahr später in die Öffentlichkeit getreten und umfaßt jetzt 155 Vereine mit 11 982 Mitgliedern. Das ist gewiß eine ganz achtungswerte Leistung, die freilich nicht mehr in Erfreuen setzt, wenn wir die Art, wie gearbeitet wird, näher ins Auge fassen. Vom ersten Augenblick an hat die Geistlichkeit die „Bewegung“ unterstützt. Auf den Kongressen des jungen Verbandes halten Bischöfe und Erzbischöfe Ansprachen, der Papst gibt seinen Segen, Kaiser und Prinzregent schicken Begrüßungstelegramme, Prinzessinnen und Damen des „hohen Adels“ nehmen an den Verhandlungen teil oder sind sogar Mitglieder. Kein Wunder, wenn die katholische Weiblichkeit, immer gewohnt, von den Pfaffen gegängelt zu werden, in Scharen herbeiströmt.

Wenn wir die Speisekarte des letzten katholischen Frauentags überblicken, der im November in München stattfand, so finden wir da dieselben Gerichte, die auch auf bürgerlichen und proletarischen Frauentagen aufgetragen werden, nur daß die Zubereitung eine grundverschiedene ist. Die Diensthofenfrage, die Heimarbeiterinnenfrage, die Arbeiterinnenorganisation, Jugendschutz, Mädchenschulbildung — alles Dinge, die auch uns aufs höchste interessieren. Aber was bei der Behandlung dieser Fragen von vornherein ins Auge fällt, das ist, daß nicht die Sache selbst, über die geredet wird, im Vordergrund des Interesses steht, sondern der Vorteil der katholischen Kirche. Man verlangt die Ausbildung katholischer Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen, akademisch gebildeter Frauen, nicht um Tausenden von Mädchen einen Lebensberuf zu schaffen und der Gesamtheit tüchtige Kräfte zuzuführen, sondern vor allem, damit die vorhandene Nachfrage mit katholischen Frauen und nicht mit „Andersdenkenden“ befriedigt werde. Man fordert die Gründung von Diensthofenorganisationen, nicht, weil sie unerlässlich für eine Vesserstellung der Mädchen sind, sondern „weil die Organisationen nun einmal ein notwendiges Übel geworden sind“, und weil katholische Organisationen geschaffen werden müssen, „wenn wir die Diensthofen nicht alle im sozialdemokratischen Lager sehen wollen“. Man begrüßt die Gründung sogenannter „Patronagen“, die die schulentlassenen katholischen Mädchen aufnehmen, ihnen in religiöser und sittlicher Beziehung einen Halt gewähren und vor allem sie den katholischen Arbeiterinnenvereinen zuführen sollen usw.

Interessant war die Diskussion über zwei einander widersprechende Anträge zur Arbeiterinnenorganisation. Der eine verlangte, daß die Arbeiterinnen nur in ausgesprochen katholischen Organisationen zu vereinigen seien, der andere meinte, es soll ihnen in verschiedenen Gegenden Deutschlands auch freistehen, sich den interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Die letztere Meinung siegte. — Von dem Vortrag über die Diensthofenfrage berichten wir an anderer Stelle ausführlicher. — Ein Frau von Hamel aus München referierte über das Thema: „Wie fassen wir katholischen Frauen die Frauenbewegung auf und warum arbeiten wir darin?“ Sie stellte da folgende Leitfäden auf: 1. Gleichwertige Arbeit verdient gleichen Lohn; 2. gleiche Pflichten geben gleiche Rechte; 3. gleiche Sünde erheischt gleiche Sühne. Bei Nr. 2 erwähnte sie ganz schüchtern, daß 6 1/2 Millionen selbstständig arbeitende Frauen zwar die gleichen Abgaben und Steuern leisten müßten wie die Männerwelt, trotzdem aber nicht wie diese eine Vertretung in den Parlamenten und in den kommunalen Verwaltungskörpern haben. Trotzdem die Referentin nicht so lähn gewesen zu sein scheint, diese Rechte für die Frauen direkt zu fordern, haben doch die katholischen Zeitungen, deren Berichte uns vorliegen, diesen Teil des Referats sorgfältig verschwiegen; nur die liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ erwähnen ihn kurz. Ebenso bezeichnend ist der Umstand, daß der katholische Frauenbund sich diesen Ausführungen ausdrücklich nur „zum Teil“ angeschlossen hat. — Ein Jesuitenpater Koch sprach über die Heimarbeiterinnenfrage. Er forderte gesetzlichen Schutz sowie Selbsthilfe durch Organisation, empfahl aber außerdem sozialreformerische Quacksalbereien, wie Konsumentenvereinigungen und weiße Listen der anständig zahlenden Firmen. Die sehr religiöse Hirngespinntheit den Blick für die nackten Tatsachen des Lebens verschleiern, zeigen drastisch die Ausführungen des Jesuitenpaters über den Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Prostitution. Er meinte, der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Prostitution sei nicht ganz ausgeheilt, und volles Licht und volle Klarheit würde in das dunkle Gebiet wohl nie gebracht werden. Freilich, wie paßte es denn auch zu dem Dogma von der Erbsünde, wenn die Prostitution eine Folgeerscheinung elender Löhne und nicht der Ausflus der ursprünglichen Sündhaftigkeit des menschlichen Herzens wäre!

Alles in allem genommen stellt der katholische Frauentag mit seinem Drum und Dran von gemeinschaftlichen Kirchgängen, erzbischöflichen Ansprachen und päpstlichem Segen gewissermaßen ein Pendant der großen Zentrumsparaden der Katholikentage dar. Hier wie dort handelt es sich weniger um ernste Arbeit und gründliche Beratung, sondern vielmehr um prunkende Schaustücke, darauf berechnet, der großen Masse gläubiger Katholiken die Augen zu blenden. Es waren viele schöne Reden über viele interessante Themat, aber ohne jede prinzipielle Stellungnahme in sozialpolitischen Dingen und unter ängstlicher Vermeidung bindender Beschlüsse. Die proletarische Frauenbewegung hat deshalb auch nicht die geringste Ursache, die Konkurrenz des „katholischen Frauenbundes“ zu fürchten

* Die Beispiele sind entnommen der vorzüglichen Broschüre des Genossen Parvus: „Handelstrikts und Gewerkschaften“.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Über die Lage der kaufmännischen Angestellten referierte die Unterzeichnete vom 18. bis 30. Nov. v. J. in Essen, Elberfeld, Hagen, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Straßburg, Mülhausen, Heilbronn und Stuttgart. Sie zeigte, wie wenig die soziale Gesetzgebung bisher für die Handlungsangestellten getan hat. Sie wies nach, wie häufig die Bestimmungen über Sonntagsruhe, Mindestruhezeit und Ladenschluß übertreten werden, und was zu einer vernünftigen Schutzgesetzgebung für die Handlungsangestellten noch fehlt. Das Referat schilderte des Weiteren das Eindringen der Frauenarbeit in das Handelsgewerbe und die niedrigen Gehälter der Angestellten. Ausführlich ging es auf die traurige Lage der Gehilfen ein, die oft schlechter als die Industriearbeiterinnen entlohnt werden, dabei aber den größten Teil ihres Gehaltes für gute Kleidung ausgeben müssen. Die Referentin kritisierte scharf den Standesdünkel der kaufmännischen Angestellten, der von verschiedenen Handlungsgehilfenvereinen künstlich groß gezogen wird und sich recht oft mit knechtlicher Furcht vor den Arbeitgebern paart. Am Schlusse ihres Referats legte die Unterzeichnete die prinzipiellen Unterschiede klar, welche den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, von den anderen kaufmännischen Vereinen trennen. Die Versammlungen waren zumeist gut besucht, besonders von Frauen. In einigen traten der Referentin die antisemitischen Handlungsgehilfen entgegen, die als Gegner der Frauenarbeit ihre alten Weisen über diese herbeteten und mit den ältesten unwahrsten Behauptungen hafteren gingen. In Mülhausen wurde durch das Auftreten der Herren, die sich das Schlusswort nicht anhören wollten, die Versammlung aufgelöst. Allorts traten zahlreiche Handlungsgehilfinen dem Zentralverband bei.

Regina Krauß.

Am 8. und 9. Dezember v. J. fanden in München sechs öffentliche Frauenversammlungen statt, die zum Teil so gut besucht waren, daß die Lokale sich als zu klein erwiesen. In allen Versammlungen referierten Genossinnen über das Thema: „Welche Zeitungen stehen uns im Kampfe für Verbesserung unserer Lage zur Seite?“ Die Referentinnen beleuchteten die Macht des Ausbeutertums, und zwar hauptsächlich auf dem Gebiet der Frauen- und Kinderarbeit und der Hausindustrie. Sie geißelten die Zollwucherpolitik der herrschenden Klassen und Regierungen, welche die ohnehin traurige Lage des arbeitenden Volkes noch um vieles verschlechtert. Sie zeigten, daß sich die Arbeiterklasse nur durch die eigene Kraft gegen die Ausfugung schützen kann. Zu diesem Zwecke muß sie sich politisch und gewerkschaftlich organisieren und statt der volksverdummenden bürgerlichen Presse die Organe der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften lesen. In allen Versammlungen riefen die Vortragenden lebhaft Diskussionen hervor, welche zeigten, daß die Proletarierinnen mehr und mehr beginnen, am Befreiungskampf ihrer Klassen Anteil zu nehmen. Die Veranstaltungen brachten dem Frauen- und Mädchenbildungsverein einen starken Zuwachs an Mitgliedern und der „Gleichheit“ wie der „Münchener Post“ neue Abonnenten. Die „Gleichheit“ zählt jetzt in München bereits 100 Leserinnen. E. M.

Im Dezember v. J. fanden in folgenden Orten Frauenrespektive Volksversammlungen statt, in denen die Unterzeichnete agitatorisch wirkende Themen behandelte: P f e d d e r s h e i m, B i e r s e i m, G o n s e n h e i m, W e i s e n a u, M ü l h e i m a. R u h r, B i e l e f e l d, D o r t m u n d, E s s e n u n d M. - G l a d b a c h. In dem zuerst genannten Orte versuchte ein Arbeiter der Heylschen Betriebe eine Lanze für den „Leberkönig“ zu brechen; er ward dabei durch den Redakteur eines bürgerlichen Blattes unterstützt. Daß beiden Herren die gebührende Antwort wurde, sei nebenbei bemerkt. Die Versammlung brachte uns 20 Aufnahmen für die Parteiorganisation, und das in einem Orte, wo bisher keine Versammlung stattfinden konnte, weil sämtliche Wirte ihre Lokale verweigerten. Auch die anderen Versammlungen brachten uns neue Mitglieder und Abonnenten auf die „Gleichheit“ sowie die örtlichen Parteizeitungen. — In Neuß und in Krefeld fanden Versammlungen der Heimarbeiter statt, sie hätten besser besucht sein können. In beiden Orten ist die Strawattenindustrie vorherrschend, die Entlohnung ist im Verhältnis zu der intensiven Arbeitsleistung eine äußerst geringe. Die Arbeiterinnen hätten alle Ursache, sich der Organisation anzuschließen, doch fehlt es leider auch seitens der in Betracht kommenden Verbände an der notwendigen Agitation. W. K.

Über die fortwährend steigenden Lebensmittelpreise und die Stellungnahme der Frauen dazu referierte Genossin Baader Anfang Dezember v. J. in einer stark besuchten Frauenversammlung zu Schwiebus. Die Versammelten wählten die Genossinnen Schulz und Bergner als Vertrauenspersonen. O. B.

In Brackel bei Dortmund fand Anfang Dezember eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genossin Plum die Frage behandelte: „Wer verschuldet das Elend der Massen?“ Sie legte den Anwesenden mit überzeugenden Worten klar, daß die Sozialdemokratie allein es sei, die dem Proletariat aus dem Elend heraushelfen könne. Große Beiterkeit erregte es, als die Referentin erzählte, wie die Polizei die Genossinnen häufig genug zu schikanieren versuchte. Genossin Plum ging dann kurz auf den Milchkrieg ein, wies die Ungerechtigkeit der Milchverteuerung nach und empfahl den Frauen, keine Milch zu erhöhten Preisen zu kaufen. Wenn die Frauen das einig und konsequent durchführten, so würden sich die Herren Okonomen und Milchhändler eines Besseren besinnen. Die Versammelten nahmen

eine Resolution an, in welcher sie sich verpflichteten, für die „Arbeiterzeitung“ und die „Gleichheit“ eifrig zu agitieren und die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unermüdlich zu fördern. Zahlreiche Bestellungen auf die „Arbeiterzeitung“ und die „Gleichheit“ waren das Resultat der Versammlung.

Anna Schlisio.

In Versammlungen zu Rosslau, Dessau, Zerbst, Köthen, Erfurt, Weimar, Apolda, Eisenach, Moosbach, Ungerode, Seebach, Ruhla, Waltershausen und Mülhausen behandelte die Unterzeichnete die folgenden Fragen: „Das Heim der Frau einst und jetzt“ und „Die Lebensmittelverteuerung“. Der Besuch der Veranstaltungen zu Rosslau, Dessau, Zerbst und Weimar war sehr gut. Auch in kleinen Orten mit ländlicher Bevölkerung fanden die Ausführungen der Referentin über die Raubpolitik der Junker großen Beifall. In einigen Orten wurden Vertrauenspersonen aufgestellt, damit die Agitation lebhafter betrieben werden kann. Im Herzogtum Anhalt erklärten sich viele Proletarierinnen bereit, freiwillige Beiträge an die sozialdemokratische Partei zu entrichten. Auch die „Gleichheit“ gewann hier Leserinnen. Sicher werden die Frauen in den genannten Orten bei den Reichstagswahlen Miniarbeit leisten und für die Kandidaten der Partei agitieren. Auferten doch die Frauen der Landbevölkerung im Eisenacher Kreise: „Ja, das ist ja eine ganz andere Sozialdemokratie, als wie wir sie uns gedacht haben. Der treten wir auch bei.“ M. Jeeze.

Anfang November vorigen Jahres fand in Erfurt eine gut besuchte Frauenversammlung statt, in welcher Genossin Jeeze über „Die Lebensmittelverteuerung und ihre Folgen“ referierte. In der Diskussion wurde betont, daß die Männer recht oft selber die Schuld daran tragen, wenn die Frauen ihren Bestrebungen verständnislos gegenüberstehen. Sie halten es nicht für nötig, die Frauen in ihren Ideenkreise einzunehmen. Die Versammlung verurteilte in einer Resolution die Zollwucher- und Wucherpolitik der Reichsregierung und verlangte die sofortige erhebliche Herabsetzung beziehungsweise Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf den notwendigsten Lebensmitteln. Die Veranstaltung gewann der „Gleichheit“ neue Abonnenten.

In einer Frauenversammlung zu Ilversgehofen, deren Besuch leider zu wünschen übrig ließ, referierte Genossin Kniefe. Er machte den Frauen und Mädchen klar, daß sie als die Ausgebeuteten der Ausgebeuteten großes Interesse an öffentlichen Leben haben, und empfahl ihnen, fleißig die Versammlungen zu besuchen und sich zusammenzuschließen. In der Diskussion wies Genossin Siebert darauf hin, daß der Staat den Frauen wohl viele Pflichten auferlegt, aber keine Rechte zugestehet. Sie ermahnte die Arbeiterinnen, den Gewerkschaften beizutreten oder sich dem Bildungsverein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Erfurt anzuschließen. Genossin Kiefewetter betonte, daß gerade die Frauen am meisten unter den indirekten Steuern zu leiden haben, und machte den proletarischen Müttern zur Pflicht, ihre Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Genossin Nagel forderte zum Abonnement der örtlichen Parteipresse und der „Gleichheit“ auf, für welche letztere sich auch neue Abonnenten meldeten. E. Nagel.

Eine öffentliche Versammlung für alle in Wäsche- und Dampfwaschanstalten beschäftigten Näherinnen, Plätterinnen und Wäscherinnen fand Mitte Dezember vorigen Jahres in Köln statt. Genossin Büsche-Bielefeld referierte über das Thema: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Wäschearbeiterinnen und wodurch können dieselben verbessert werden?“ Der Referent kritisierte zunächst das Vorgehen einiger Firmen am Ort, welche die Mädchen durch gewisse Andeutungen vor dem Besuch der Versammlungen abzuschrecken versucht hatten. Dann ging er auf den Wert der Organisation ein und erläuterte an Beispielen aus anderen Städten, daß sich die Arbeiterinnen durch die Organisation geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen können. In Bielefeld zum Beispiel gibt es große Fabriken, wo sämtliche Arbeiterinnen organisiert sind, und die Unternehmer ihr Personal achtungsvoll behandeln müssen. Das müsse durch den Zusammenschluß der Arbeiterinnen auch in Köln erreicht werden. Viele anwesenden Frauen und Mädchen traten der Gewerkschaft bei und versprachen, für diese recht tüchtig unter ihren Kolleginnen zu agitieren. Die organisierten Kollegen werden gebeten, ihre in der genannten Branche tätigen Frauen und Töchter der Organisation zuzuführen. Alle nötigen Auskünfte erteilt die Unterzeichnete.

Frau Josefina Mergi, Perlengraben 21.

In Neunkirchen fand im Anschluß an die Wahlkreis-konferenz beziehungsweise eine öffentliche Wählerversammlung eine Volksversammlung statt, in der Genossin Osterreich scharf den Gegensatz zeichnete, der zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie besteht. An die anwesenden Frauen richtete er einen kräftigen Appell, treu zum roten Banner zu halten und mit den Männern gemeinsam gegen Klerikalität, Polizeibrutalität, gegen Scharfmacher und Brotwucherer zu kämpfen. Auch in Neunkirchen beginnen die Frauen des werktätigen Volkes sich zu regen, die „Gleichheit“ zählt bereits 17 Abonnenten. Frau Lohr.

Mitte Dezember v. J. fand in Schnaittach eine gut besuchte Versammlung statt, in der Genossin Grünberg über: „Die Ursachen der schlechten Entlohnung“ referierte. Ihr Referat wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und gewann dem Wahlverein zahlreiche neue Mitglieder. In einer Resolution erklärten sich die Anwesenden mit den Ausführungen der Referentin einverstanden, protestierten energig gegen den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und verpflichteten sich, einer bald zu gründenden Zählstelle des Fabrik-, Land- und Hülfearbeiterverbandes beizutreten. Die Referentin forderte

in ihrer Rede wie auch in ihrem Schlusswort auf, bei der kommenden Reichstagswahl den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Genossin Müller richtete einen Appell an die Anwesenden, sich sobald als möglich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Nachdem noch Genossin Ruppertsch-Lauf Propaganda für die Presse gemacht und an die Versammlung eine Aufmunterung zur Agitation für die Reichstagswahlen gerichtet hatte, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

In Nürnberg fanden vom 8. bis 6. Dezember v. J. vier Arbeiterinnenversammlungen statt, in denen Genossin Grünberg über das Thema: „Frauenarbeit und Frauenentlohnung“ referierte. Die Referentin schilderte die Entwicklung der Frauenarbeit in der kapitalistischen Ordnung und wies auf den Umfang und das von Jahr zu Jahr stärkere Anschwellen des Heeres der Lohnarbeiterinnen hin, das im Jahre 1895 schon 6 Millionen umfaßte. Sie betonte, daß der wachsenden kapitalistischen Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft ein Erwachen der Arbeiterinnen auf dem Fuße folgt, die sich für den Kampf um eine bessere Existenz zu organisieren beginnen. Heute hat die Zahl der organisierten Arbeiterinnen schon das 74. Tausend überschritten. In Nürnberg allein sind 4000 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Die Referentin behandelte sodann die Frage der Entlohnung und führte die Durchschnittslöhne der 22000 in Nürnberg beschäftigten Arbeiterinnen an, die 6 bis 10 M. pro Woche betragen. Sie unterzog den Gesetzentwurf, betreffend die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“, einer Kritik und forderte am Schlusse ihres Referats jede gewerkschaftlich organisierte Arbeiterin auf, eine Agitatorin zu sein und ihre noch unaufgeklärten Kolleginnen der Organisation zuzuführen. +

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.

Von einer verfrachten Polizeiaktion haben wir heute zu berichten. Seinerzeit wurden, wie wir verzeichnet, Genossin Zieh zwei Versammlungen im Eisenacher Oberland verboten, und zwar in Lengsfeld und Döheim (Rhön). Infolge dieses Verbots hat man sich damit begnügen müssen, sich im Privatgespräch näher kennen zu lernen. Die verbotene Versammlung in Döheim hatte ein Nachspiel. Strova nach einem Vierteljahr erhielten Genossin Kunznagel als Kreisvertrauensmann, Genossin Henkel als Ortsvertrauensmann und Genossin Zieh ein Strafmandat wegen Teilnahme an einer verbotenen Versammlung. Wie sich das in einem Lande „der vollendetsten Rechtsgarantien“ gebührt, war die Höhe der Strafe nach der „Schwere des Verbrechens“ bemessen. Genossin Henkel erhielt 10, Genossin Kunznagel 20 und Genossin Zieh 50 M. Strafe zubüßend. Die drei „Sünder“ waren verstockt genug, die Berechtigung dieses Strafbefehls nicht anzuerkennen. Sie hielten an der vermessenen Ansicht fest, daß auch in Deutschland eine Unterhaltung beim Glase Bier nicht strafbar sei und beantragten deshalb Gerichtsentcheid. Am 18. Dezember war in der fraglichen Sache der Termin angesetzt. Vor Gericht bestritten unsere Delinquenten entschieden das ihnen zur Last gelegte „Verbrechen“. Die von der Behörde zitierte Belastungszeugin, Frau Jodis, Wirtin des Lokals, in dem die Versammlung geplant gewesen, bestätigte unter Eid sämtliche Angaben der Angeschuldigten. Sie bestätigte, daß keine Versammlung stattgefunden, daß die Leute sich beim Glase Bier in der Gaststube unterhalten hätten, und daß nach dem Verbot der Versammlung der Saal abbestellt worden sei. So wurde die „Belastungszeugin“ zur Entlastungszeugin. Demgegenüber konnte selbst der Amtsanwalt die Anklage nicht aufrecht erhalten. Er beantragte zwar nicht Freisprechung, überließ es aber dem Gericht, zu entscheiden. Dieses verurteilte nach kurzer Beratung den Beschluß: Die Angeschuldigten sind freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Damit war die „große“ Staatsaktion elend verfrachtet. Interessant war die Aussage der Zeugin auf die Frage hin, ob niemand von den Versammlungsbesuchern den Saal betreten habe. Unter Eid erklärte sie, außer zwei Polizeibeamten, die sie namhaft machte (wenn wir nicht irren, nannte sie auch noch einen Begleiter derselben), sei niemand in dem dunklen Saal gewesen. Ein eigenartiges Vergnügen jener Beamten, einsam im dunklen Saale zu sitzen, während zwanglos Zusammengelommene sich nebenan in der Gaststube unterhalten! Unsere Döheimer Genossen und Genossinnen können jetzt darüber nachdenken, wie man zu Strafmandaten kommen kann, und wie die Staatskasse, die wir mit unseren Steuern füllen müssen, zu Ausgaben kommt. L. Z.

Auch im ehemaligen Königreich Stumm macht die Polizei gegen die proletarischen Frauen mobil. Am 16. Dezember fand in Neunkirchen die erste sozialdemokratische Wahlkreis-konferenz für den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim statt. Im Laufe des Nachmittags erschienen mehrere Genossinnen als Zuhörerinnen der Verhandlungen. Der übermachende Geheimrat, ein ehemaliger Bergmann, forderte gebieterisch ihre Entlassung. Der Vorsitzende und die Teilnehmer der Konferenz weigerten sich entschieden, dem unberechtigten Ansinnen nachzukommen. Der Vertreter der saarabischen Polizeigewalt erklärte darauf die Versammlung für aufgelöst. Genossin Osterreich berief nun sofort eine öffentliche Wählerversammlung ein, die des politischen Segens nicht erst bedurfte, und in der Genossin Osterreich als Reichstagskandidat aufgestellt wurde. In Orten, wo die proletarische Frauenbewegung erst einsetzt, gefällt sich die liebe Polizei immer wieder in der Rolle des bekannnten Rüstlers, der sich einbildete, er könne den Tag in Nacht verwandeln, wenn er ein Löschhütchen auf eine brennende Kerze

setzte. Was Polizeiveweiheit durch die Politik der Nadelstiche erreicht, zeigt die Erfahrung. Sie schreckt die proletarischen Frauen nicht, sondern sie öffnet ihnen die Augen über die Herrlichkeiten dieser besten aller Welten. Sie arbeitet für uns! Das werden die Wahlen zeigen. ??

Politische Rundschau.

Das hatte gerade noch gefehlt, um der Sinnlosigkeit der Regierungspolitik und der Charakterlosigkeit des Liberalismus den Stempel aufzudrücken: Vierzehn Tage nach der Reichstagsauflösung haben sich die Bondelzwarts ergeben. Von den 300 Hottentotten, zu deren Bekämpfung und Niederwerfung durch das Deutsche Reich angeblich noch ein Krieg von mindestens zweijähriger Dauer erforderlich war, haben 150 Mann die Waffen gestreckt. Selbst die kriegswütigen Koloniesere wagen nicht zu bestreiten, daß der sogenannte Krieg damit tatsächlich sein Ende erreicht hat.

Wie steht nun aber die Reichsregierung da? Der Reichskanzler wie sein Kolonialadjutant von der Börse, Herr Dernburg, hatten in den höchsten Tönen die Patriotensposamen geblasen, um den 29 Millionenkredit vom Reichstag bewilligt zu erhalten. Das Vaterland, die nationale Ehre war in Gefahr, die Tausende tapferer deutscher Jungen in Südwestafrika rettungslos der Wut der 300 Hottentotten preisgegeben, wenn der Regierung die Kredite nicht bis auf den letzten Heller bewilligt wurden! Dieses ganze Gerede hätte ja gar nicht vorgebracht werden können, wenn die Bondelzwarts sich 14 Tage früher ergeben hätten. Ob ein Haufen Hottentotten 14 Tage früher oder später seine Waffen abließerte, davon hing also die Auflösung des Reichstags, davon hing es ab, ob die bürokratische Regierung ein Bündnis mit dem liberalen Bürgertum abschließen sollte oder nicht.

Nun drängt sich zunächst doch die Frage auf: Hat denn die Regierung keine Ahnung davon gehabt, daß die Unterwerfung der Hottentotten unmittelbar bevorstand, daß die 300 Mann höchstens noch Monate das Feld behaupten würden? Oder aber hat sie Kenntnis vom Stande der Dinge in Südwestafrika gehabt?

Erschreckt die Regierung am 18. Dezember wirklich ihre Meinung aus, dann hätte sie damit in der Beurteilung einer der wichtigsten Zeitfragen eine Unfähigkeit bewiesen, die das Maß ihrer bisher bereits zutage getretenen Unfähigkeit weit übersteigt. Hat sie aber Bescheid gewußt, wie es in Südwestafrika steht und trotzdem mit jenem patriotischen Phrasengebrüll dem Reichstag zu imponieren versucht, dann hat sie sich der öffentlichen Meinung gegenüber eines Täuschungsversuchs schuldig gemacht, dem an der Börse hohe Bewunderung gezollt werden mag, der aber im politischen Leben Deutschlands die schärfste Zurückweisung finden muß, und der wenigstens gebrandmarkt werden soll, wo nur die Sozialdemokratie ihre Stimme zur Geltung bringen kann. Wir wären denn auch geneigt, den kurzfristigen Politikern, die die Reichsgeschäfte in Händen haben, den milderen Umstand der Unfähigkeit zuzubilligen, um ihnen den Vorwurf der bewußten Schwinderei zu ersparen. Da kommt aber die offiziöse Presse her und sucht zu beweisen, daß der Reichskanzler und seine Gehilfen sehr wohl gewußt hätten, wie die Sachen stehen. Sie hätten aber den Kampf mit dem Reichstag aufnehmen müssen, da sie sich von einer Reichstagsmehrheit nicht die Politik vorschreiben lassen dürften. Die Offiziösen selbst sind es also, die ihren Gönnern, um sie vor dem Vorwurf der Unfähigkeit zu retten, den Stempel der Unwahrhaftigkeit auf die Stirn drücken. Aber ob ihnen nun Unfähigkeit oder Unwahrhaftigkeit nachgewiesen wird, oder ob schließlich der doppelte Mafel an ihnen haften bleibt, — die Firma Bülow, Dernburg & Cie. muß liquidieren, diese junkerlich-bürokratisch-börsenwöllische Regierung muß herunter von ihrem Plage!

Aber mehr als das! Wir Sozialdemokraten beschränken uns in unseren Kämpfen nie auf einzelne Personen. Wir haben nicht bloß Herrn v. Bobbielst belämpft, solange er noch auf seinem Posten stand, sondern das agrarische Volksausbeutungssystem, dessen Stellvertreter er war, und das ungeschmälert fortwurstelt, seitdem ein ehemaliger Marineleutnant an Stelle des ehemaligen Kavalleriegenerals getreten ist. Wir wollen auch nicht nur den Bülow und Dernburg an den Krügen, sondern das ganze bürokratische Regierungssystem mit der Wurzel austrocknen, das in Deutschland die Regierungsgeschäfte der herrschenden Interessencliquen, der großen Ausbeuter in Stadt und Land, der junkerlichen Postamantilla und des militärischen Generalstabes betreibt. Jenes parlamentsfeindliche bürokratische System, das aus dem sogenannten persönlichen Regiment naturgemäß herauswachsen muß, das aber seine freiheitsfeindlichen Tendenzen stets betätigt, auch dann, wenn die Eigenheit des Trägers der Krone ihn nicht zum persönlichen Hervortreten antreibt. Gegen das persönliche Regiment loszuwettern, ohne daß man dem bürokratischen Regierungssystem zu Leibe gehen will, ist Wortverschwendung. In Deutschland ist aber die Sozialdemokratie die einzige Partei, die gewillt ist und die Kraft hat, diesem verderblichen System die Axt an die Wurzel zu legen. Wir allein treten ein für die völlige Demokratisierung unseres Staatslebens auf allen Lebensgebieten: im Reich, im Staat, in den Kommunen.

Alle anderen Parteien haben sich mehr oder weniger abgefunden mit dem bürokratischen System. Den Junkern paßt die Wirtschaft ausgezeichnet, weil dabei vor allem für ihre agrarischen Bedürfnisse Liebesgaben aller Art abfallen, und weil schließlich durch Junkersprohnen die wichtigsten Posten in der Meer- und Zivilverwaltung besetzt werden. Die großen Ausbeuter in der Industrie machen dabei keine Geschäfte, weil

sie selbst nicht gehudelt und geföhren werden durch das Bementum, sondern nur das arbeitende Volk, dessen Emanzipationsbestrebungen mit gepanzerter Faust niederzudrücken eine der wesentlichsten Aufgaben der Organe des heutigen Klassenstaats ist. Das Zentrum ist mit dem bürokratischen System zufrieden, weil es als konfessionelle Minoritätspartei doch niemals hoffen könnte, in Deutschland eine parlamentarische Regierung aus eigener Kraft zu führen. Schließlich hat auch der Liberalismus seinen eigenen ursprünglichen Tendenzen zuwider sich längst der Bürokratie läblich unterworfen. Den letzten Schritt haben die Freisinnigen und Volksparteier mit dem Übertritt ins Regierungslager am 18. Dezember getan.

So steht die Sozialdemokratie heute allein da in ihrem Kampfe für die Demokratisierung unseres Staatswesens. Daher auch die Wut unserer Gegner; daher die jetzt unverhüllter als je hervortretenden Bestrebungen, das allgemeine Reichstagswahlrecht zu zerflören, diese wertvolle Waffe des Proletariats in seinem Emanzipationskampf. Uns ist diese Klärung der Situation nur willkommen. Wir sind zu jedem Kampfe bereit. Wir werden die Volksrechte wahrnehmen bis zum äußersten. Wir werden sie zu verteidigen wissen, wenn man sie anzutasten wagt, und werden aus der Verteidigung die Kraft schöpfen, sie zu erweitern bis zum vollen Siege des Volkes über jede Reaktion.

G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die explosive Leitung der deutschen Reichspolitik, die sich in der unerwarteten Auflösung des Reichstages wieder einmal bekundete, hat für die gewerkschaftliche Tätigkeit der nächsten Wochen eine vollständig veränderte Situation und ihr entsprechende Aufgaben geschaffen. Es konnten die großen gewerkschaftlichen Aktionen unterbleiben, die zum Protest gegen das Antigewerkschaftsgesetz geplant waren. Alle bedeutsamen gewerkschaftlichen Initiativen traten zurück hinter den großen Waffengang, den das deutsche Volk in der politischen Arena zu bestehen hat. Das Interesse der Gewerkschaften an dem Ausfall der Reichstagswahlen, an dem Sieg der Sozialdemokratie, tritt diesmal besonders stark hervor. Die Organisationen und ihre Presse haben denn auch schon die Wahlparole ausgegeben. Erklärlich genug. Zum Greifen deutlich zeigt sich, wie wichtig für die Gewerkschaften eine zuverlässige politische Vertretung im Parlament ist, wie sie diese in der Sozialdemokratie allein besitzen. Zwar ist der Entwurf zu einem fruchtbareren Zuchthausgesetz begraben, das mit der Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Organisationen verbunden war. Aber es würde gewiß bald in neuer Form auferstehen, wenn die organisierten Arbeiter nicht dafür sorgen, daß Regierung und alle bürgerlichen Parteien eine gehörige Niederlage erleiden. Eine solche ist auch nötig, damit endlich die Forderung der Gewerkschaften nach Arbeiterkammern erfüllt wird, die ihr lehrer Kongreß erhoben hat. Die Regierung will ihrerseits Arbeitskammern schaffen, das heißt Körperschaften zur gemeinsamen Vertretung von Arbeitern und Unternehmern. Die Gewerkschaften verlangen dagegen mit Recht reine Interessenvertretungen der Arbeiter. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags tritt für diese Forderung ein. Und wie sie mit aller Treue die Reformen vertritt, welche die Gewerkschaften für eine gezielte Entwicklung bedürfen, so auch alle Interessen, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen als ausgebeutete Arbeitskräfte, als Steuerzahler, Staats- und Gemeindeglieder an der Gestaltung des öffentlichen Lebens haben. Treue für Treue! Die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den freien Gewerkschaften angehören, sind aufgerufen, ihre Pflicht im Wahlkampf zu tun. Wie täglich nimmt sich dagegen die Haltung der gegnerischen Gewerkschaften aus. Der Generalkat der Hirsch-Dunderschen hat eine Wahlparole ausgegeben, die nicht warm und nicht kalt, weder Fisch noch Fleisch ist. Die Mitglieder sollen keinen „Gegner ihrer Organisation“ wählen, aber auch keinen Lebensmittelvertreuer, Wahlrechtsräuber oder Koalitionsrechtsfeind. Einen solchen Kandidaten werden wohl die übel beratenen und genähten Hirsch-Dunderschen unter den bürgerlichen Kandidaten selbst am Tage mit der Laterne suchen müssen! Die Wahl gäbe ihnen Gelegenheit, ihre vorgebliche „reine Arbeiterpolitik“ zur Tat werden zu lassen und die Gewerkschaftsinteressen kräftig zu vertreten. Aber „reine Arbeiterpolitik“ wird nur von der Sozialdemokratie getrieben, denn die Sozialdemokratie ist die politisch organisierte Arbeiterklasse selbst. Allein diese Tatsache sehen die Hirsch-Dunderschen nicht ein, oder richtiger: ihre Führer wollen sie nicht einsehen und anerkennen, sie sind bestrebt, die Mitglieder im Schlepptau des sogenannten „Freisinn“ zu halten. Diese durch und durch bürgerlich, kapitalistisch gesinnte Partei hat sich nach allem möglichen Verrat an den Arbeiterinteressen zur regelrechten Kolonialschwärmerei durchgemauert und möchte Regierungspartei spielen. Anscheinend ist aber den Hirsch-Dunderschen das Rückgrat noch nicht soweit gebrochen, daß man sie ohne weiteres für die Dernburgerei kirren könnte. Daher ihre Schauelpolitik, von der das Zielbewußtsein der freien Gewerkschaften sehr vorteilhaft abhilt. Daß die „christlichen“ Gewerkschaften, katholischer wie evangelischer Couleur, wieder dazu mißbraucht werden, den ärgsten maskierten Arbeiterfeinden — von den Zentrümlern an bis zu den Konservativen — Hand- und Spanndienste zu leisten, versteht sich. Die Religion wird weiter zur Kette entwürdigt, welche die Arbeiter politisch fesselt, so daß sie ihren schlimmsten Feinden ausgeliefert bleiben. Wie lange noch!?

Aus unserem reichen Material über die Arbeiterinnenbewegung soll nur das Allernotwendigste registriert werden. Die Buchdruckereihilfsarbeiter- und -arbeiterinnen haben es nach langen Verhandlungen mit den Prinzipalen

zu einem Tarifabschluß auf fünf Jahre gebracht. Sie haben eine Verkürzung der Arbeitszeit, keine Lohnerhöhungen und Zuschläge für Überzeitarbeit erreicht. In der graphischen Industrie bestehen nunmehr für alle Gewerbe Tarife.

Der Textilarbeiterverband steht nach wie vor in frischen zusehenden Kämpfen. Er gedeiht dabei und konnte die freudige Botschaft melden, daß die Zahl seiner Mitglieder das erste Hunderttausend überschritten hat. Damit hat das sechste deutsche Gewerkschaftsblatt eine Auflage erreicht, die mehr als 100 000 Exemplare beträgt. Die Organe der Metallarbeiter, Maurer, Holzarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter und Textilarbeiter erscheinen wöchentlich in einer Auflage von zusammen 100 000. Das ist eine geistige Macht zur Aufklärung und Schulung der Massen, mit der gerechnet werden muß. Im Jahre 1887 erschien die „Deutsche Manufaktur-Zeitung“, eine Vorgängerin des heutigen „Textilarbeiters“, in einer Auflage von 1500 Exemplaren, 1890 hatte das Blatt erst eine Auflage von 3000; 1894 bereits von 20 000. Die Auflage ist den Mitgliederzahlen entsprechend gestiegen. Die Arbeiterinnen haben einen steigenden Anteil an der Organisation genommen. 1902 zählte der Verband 6654 weibliche Mitglieder; 1903: 12073; 1904: 13 126; 1905: 20 596 und 1906: 33 681. Bei solchen Fortschritten der Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisation können wir hoffnungsfreudig den Wunsch ausdrücken, der Textilarbeiterverband möge bald das zweite Hunderttausend Mitglieder verzeichnen. Die Rührigkeit der Organisationsleitung wie der Mitglieder und das große zu bestellende Agitationsfeld lassen die mögliche Verwirklichung dieses Wunsches gar nicht in so weiter Ferne erscheinen.

Die Lohnbewegungen der Tabakarbeiter haben eine große Ausdehnung angenommen. Im Verbandsorgan werden eine stattliche Anzahl Firmen aufgeführt, bei denen Differenzen bestehen. Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen gehören zu den Proletariern, denen besondere Umstände und Eigentümlichkeiten des Gewerbes den Kampf um bessere Lebensbedingungen gewaltig erschweren. Augenblicklich läßt sich kaum schon eine Übersicht über den Erfolg der Kämpfe geben, wir werden das später tun.

Aus der Fischindustrie brachte unlängst die Tagespresse Schilderungen gräßlicher Ausbeutung, welche Gesundheit und Leben der Beschäftigten zerstört. Frauen und Kinder sind vielfach in der Fischindustrie tätig. Ehe die Gewerkschaftsorganisation nicht festen Fuß unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Fischindustrie faßt und zu ihrem Wohle eingreift, wird es nicht anders. Es scheint, daß ernste Versuche gemacht werden, auch diesen hart Ausgebeuteten den Schutz der Organisation zu schaffen. #

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Notiz einer Heimarbeiterin. Der Genosse Zietsch, der kürzlich in einer Versammlung in Charlottenburg über Heimarbeiterchutz referiert hat, stellt uns einen Brief einer dortigen Heimarbeiterin zur Verfügung. Obwohl dieser Brief beweist, daß seine Schreiberin noch keine Klassenbewußte Arbeiterin ist, beleuchtet er doch das Heimarbeiterelend in so ergreifender Weise, daß wir ihn unseren Leserinnen nicht vorenthalten wollen. Er lautet: „Der Ruf, heute Ihre Versammlung zu besuchen, ist auch zu mir gedrungen; ich habe mit Freunden gelesen, daß dieselbe uns armen Heimarbeitern gilt. Es ist jedoch in Ihrem Aufruf nur die Rede von denjenigen Arbeitern, welche für Fabriken und Geschäftshäuser arbeiten; ich aber bin Weisnäherin und arbeite für Herrschaften, welche uns ebenso ausbeuten wie die Obengenannten. Für ein Hemd, an welchem ich fünf Stunden arbeite, bekomme ich 50 Pf., wovon noch 4 Pf. für Garn abgehen. Dazu wird jedes Stück rechts und links betrachtet, ob es auch gut genäht ist. Da nun dieser Verdienst nicht ausreicht zu Miete und Lebensunterhalt, so muß ich meine Stube vermieten und selber mit meinem Kinde in der Küche wohnen und arbeiten. Ich würde schon damit zufrieden sein, wenn trotzdem nicht immer das Gespenst Sorge hinter mir stände. Da es meine Gesundheit nicht erlaubt, beständig an der Nähmaschine zu sitzen, so habe ich noch eine Aufwartestelle angenommen. Und nun ein Wort über diese arme, vergessene Arbeiterklasse, über die in keiner Versammlung gesprochen und in keiner Zeitung geschrieben wird. Wirklich, ein bequemer Dienstmote, so eine Aufwärterin, man braucht ihr keine Wohnung und kein Licht zu geben, sie kostet auch weniger und macht doch in ein paar Stunden die Arbeit für den ganzen Tag. Der höchste Lohn ist für zwei Frühstunden 12 Mk. monatlich (die Sonntage mit eingerechnet), für drei Stunden 15 Mk. Die Zeit nach 10 Uhr ist billiger, weil dann schon weniger Aufwärterinnen gebraucht werden und die Herrschaften sich dieses zunutze machen. So bin ich einmal auf eine Annonce zu einer Herrschaft gegangen, welche mit Kontorräumen 15 Zimmer bewohnte; ich sollte von 8 bis 12 kommen; dann, während sie zu Mittag speisten, wurde ich auf zwei Stunden nach Hause geschickt, um für mich und mein Kind das Mittagessen zu besorgen; um 2 Uhr mußte ich wieder dort sein bis 6 Uhr abends, zusammen also 8 Stunden, dafür sollte ich 20 Mk. bekommen. Es gibt welche, die noch weniger bezahlen. Wenn ich mit meinem Kinde nicht verhungern will, so darf ich nicht länger wie 4 bis 5 Stunden schlafen. Meine Arbeitgeber geben mir oft den menschenfreundlichen Rat: „Sie haben einen gesunden, kräftigen Jungen, lassen Sie ihn doch Zeitungen austragen.“ Aber würde er lange gesund und kräftig bleiben, wenn ich ihren Rat befolgte? Nein, ich bekomme es nicht übers Herz, mein einziges geliebtes Kind schon um 5 Uhr aus seinem süßen Schlummer

zu wecken und ihn bei der Kälte hinauszutreiben; ich kann ihm bei der schlechten Ernährung nicht noch seinen Schlaf rauben. Und wie würden wohl seine Schulzeugnisse, welche bis jetzt gut sind, lauten? Die Lehrer wissen ja nicht, daß manch ein Kind, bevor es zur Schule kommt, schon von 5 Uhr an auf den Füßen ist, und wenn es dann, müde vom vielen Treppensteigen, nicht die nötige Aufmerksamkeit hat, dann bekommt es einfach mit dem Stod, denn mit den Gemeindefachülern wird nicht viel gefadelt. Ein Pferd darf nicht früher angespannt werden, ein Mensch aber muß von seiner frühesten Jugend arbeiten, weil die Eltern zu schlecht bezahlt werden, um ihr Kind zu ernähren. Das wird die Folge haben, daß aus den vielgerühmten dreifachschultrigen, redenhaften Germanen bald Zwerge werden. Ich möchte keinen solchen Zwerg erziehen. Und der Staat und die Fabrikinspektoren und die großen Geschäftshäuser und die Herrschaften sollten nur bedenken, daß es für sie von größtem Vorteil ist, wenn es anstatt starker und schwächerer, gesunde und kräftige Soldaten gibt, welche in der Gefahr das Vaterland und ihr Vermögen verteidigen können.

Jetzt will ich zu Gott stehen, daß er Ihre Versammlungen segnen möge; ich kann nicht selbst kommen, denn Zeit ist bei mir Geld, und schon dieser Brief, den ich in der Eile geschrieben habe, ist nicht umsonst oder ich muß es des Nachhins nachholen.“

Eine Witwe.

Dienstbotenfrage.

Der Verein für Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen für Hamburg und Umgebung, Sitz Hamburg, hält seine Mitgliederversammlungen bei Hilmer, Bessinghale, Sänfemarkt, ab. Die erste findet am 9. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, statt, von da an ist jeden vierten Mittwoch daselbst Versammlung, dazwischen wird jeden zweiten Mittwoch die „Gleichheit“ in dem Vereinslokal verteilt. Neuaufnahmen und Beiträge nehmen entgegen: Frau Luise Kähler, Uhlenhorst, Humboldtstraße 76 III; Frau Meyer, Altona, Herderstraße 88 II; Frau Mangels, Wilbed, Bedersweg 58 Hth. I; Frau Ruhlmann, Hauptkassiererin, Barmbeck, Hinrichsenstraße 31 b II; Frau de Haas, Hamburg Stadt, Bezirkskassiererin, Neustädterstraße 52 III; Frau Förster, Hamburg Stadt, Reumeierstraße 6, Keller; Frau Heuer, St. Pauli, Karolinenstraße 20 Hth. b II; Frau Grobelen, Gimsbüttel, Wiesenstraße 48 III; Frau Macher, Eppendorf, Görnestraße 3 Hth. I III; Frau Sander, Winterhude, Barmbeckerstraße 27, Keller; Frau Heeren, Hohenfelde, Ifflandstraße 65 Hth. b II; Frau Spiek, Hammerbrod, Spaldingstraße 146 Hth. b III; Frau Luise Haase, Hamm, Mittelstraße 68 III; Frau Klein, Altona, Waterlooahain 10 II. In jeder Mitgliederversammlung werden Neuaufnahmen und Beiträge entgegengenommen.

Die Dienstbotenfrage auf dem katholischen Frauentag. Der katholische Frauentag, der Anfang November in München stattfand, brachte auch ein Referat über die Dienstbotenfrage. Und zwar räumt der Bericht der Referentin nach, daß sie „großherzig genug war, die Schuld an den heutigen mißlichen Verhältnissen nicht nur den Dienstboten allein in die Schuhe zu schieben“. Die Rednerin, eine Frau Dr. Kleinert, sprach zunächst vom Dienstbotenmangel, von den Klagen der Herrschaften über die geringere Tauglichkeit der Dienstboten und von den Klagen der Mädchen über ihre Lage. Aber: „Gottlob, es gibt noch Mädchen, die mit ihrem Beruf zufrieden sind!“ Freilich, die Klagen über zu lange Arbeitszeit, über schlechte und ungenügende Kost und ungesunde Wohnräume seien in manchen Fällen berechtigt. Es müsse eine Maximalarbeitszeit festgesetzt, namentlich auch die Sonntagruhe gesetzlich geregelt werden. Doch sei dringend davor zu warnen, die Mädchen abends ausgehen zu lassen. (!) Die Klagen über ungenügende Entlohnung seien unberechtigt. „Wenn ein Mädchen etwas kann, dann wird es auch ordentlich bezahlt. Meist haben die Mädchen nur Ansprüche, ohne die nötigen Kenntnisse zu besitzen, die sie dazu berechtigen.“ „Die Mädchen müssen Schutz gegen Ausbeutung haben; sollten wir aber gesetzlichen Schutz verlangen, so würden wir den Mädchen keinen besonderen Dienst erweisen. Das patriarchalische Moment muß aufrecht erhalten werden, es liegt ja ein Treue- und ein Schutzverhältnis vor.“ „Ein großer Fehler ist das Fehlen einer Dienstbotenorganisation“ (soll natürlich heißen: einer katholischen!). „Die Organisationen sind nun einmal ein notwendiges Übel geworden. Wollen wir die Dienstboten nicht in das Lager der Sozialdemokratie treiben, die namentlich in München in diesen Kreisen sehr lebhaft wirkt, so müssen wir selbst für geeignete Organisation sorgen. Als Akt ausgleichender Gerechtigkeit ist eine Herrschaftsorganisation ins Leben zu rufen.“ (!) Zum Schlusse forderte sie dann noch eine Reorganisation (beide nicht Abschaffung!) der Geständordnung, Regelung der Krankenversicherung und Unterstellung der Mädchen unter die Unfallversicherung.

Diese Proben genügen wohl schon, um zu zeigen, wes Geistes Kind die katholischen Dienstbotenvereine sein sollen. Sie werden nur geschaffen, um die Dienstmädchen von einer energischen Vertretung ihrer Berufsinteressen abzuhalten und sie dafür mit der Bettel-suppe kleiner Reformchen abzuspeisen. Die Dienstmädchen mögen sich diese Ausführungen merken und durch massenhaftes Eintreten in die freien Dienstbotenorganisationen dafür dankend quittieren.

Die Hamburger Hausfrauen und der Dienstbotenverein. Nachdem am 23. Oktober d. J. unter der Leitung sozialdemokratischer Frauen die erste öffentliche Dienstboten-

versammlung stattgefunden hatte, in der beinahe 200 Mädchen für die Organisation gewonnen wurden, begann es sich in den bürgerlichen Reihen zu regen. Und als dann die zweite öffentliche Versammlung am 14. November um abermals einen Zuwachs von 200 Mitgliedern brachte, da war es mit der Ruhe der bürgerlichen Damen vorbei. Am 19. November hielten die Hausfrauen Altonas eine Versammlung ab, für die die „verehrte gnädige Frau Eichholz“ — so läßt sie sich nämlich in den Heimstuden von den Dienstmädchen nennen — das Referat übernommen hatte. Am Schlusse forderte sie die Hausfrauen auf, sich zu vereinigen und kein Mädchen in den Dienst zu nehmen, das dem sozialdemokratischen Dienstbotenverein angehört. Am 1. Dezember kamen auch die Hamburger Hausfrauen zusammen, um das Kapitel ihrer bedrohten Herrschaftsrechte zu retten. Es sollte darüber beraten werden, ob die Lage der Dienstboten etwaiger Reformen bedürftig sei, besonders aber darüber, ob man nicht durch Gründung einer Gegenorganisation versuchen sollte, dem sozialdemokratischen Verein das Wasser abzugraben. Alle Mädchen, die durch den Hamburger Hausfrauenverein Stellung erhalten hatten, wurden per Post für den 6. Dezember zu einer Versammlung geladen, außerdem war auch in den Zeitungen tüchtig Klatsch gemacht worden. Der Saal war gut gefüllt, aber wir wollten den Damen verraten, daß auch eine Menge von den Unfrigen da waren. Die „verehrte gnädige Frau Eichholz“ eröffnete die Versammlung. Sie führte aus, die Hamburger Hausfrauen seien zu der Überzeugung gelangt, daß Reformen für die Dienstmädchen eingeführt werden müßten, und sie seien durch mehrere Dienstmädchen (wahrscheinlich „Heimchen“ aus den Hamburger Heimstuden?) veranlaßt worden, diese Versammlung einzuberufen und eine Organisation zu gründen. Das Referat dazu hatte Fräulein Holländer, nebenbei gesagt ein Dienstmädchen von Frau Prof. Wendt. Ob das junge Mädchen es wohl allein ausgearbeitet hatte? Die Verwunderung darüber war jedenfalls nicht nur auf meiner Seite, sondern auch bei den Damen nicht gering. Als nach dem Referat die Diskussion einsetzte, wollte niemand recht mit der Sprache heraus. Die Damen langweilten sich allem Anschein nach. Sie hatten offenbar gehofft, „Sozialdemokraten“ würden in die Debatte eingreifen; aber wir sahen die Notwendigkeit nicht ein, den Damen ihre Versammlung interessant zu machen. Um die Diskussion in Fluß zu bringen, warf Frau Eichholz mehrere Fragen auf, so die Frage der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Dienstmädchen; dann sprach sie von der Ausgehzeit. Zu diesem Punkte ergriffen auch ein paar Mädchen das Wort; sie wünschten, daß alle 14 Tage der Sonntagnachmittag freigegeben werde, im Sommer von 2, im Winter von 3 Uhr ab. Ebenso verlangten sie einen freien Abend in der Woche, und zwar von 7 bis 11 Uhr. Die Hausfrauen waren mit diesen Bedingungen durchaus nicht einverstanden, wie aus ihren Entgegnungen sowie aus ihren Privatgesprächen hervorging. Sie meinten, ein Sonntagnachmittag alle drei Wochen sei genug. Eine Dame sagte: „Wenn die Mädchen sich nicht so „ewig“ anzögen, kämen sie auch früher aus dem Haus.“ wobei eine der Unfrigen den sehr berechtigten Zwischenruf tat: „Wieviel Zeit brauchen aber die Damen zum Anziehen?“ Ferner führten die Mädchen aus — es waren fast immer dieselben, die sich zum Wort meldeten —, sie möchten täglich eine Stunde für sich frei haben, um ihr Zeug in Ordnung halten zu können. Man sollte es kaum für möglich halten, wie — bescheiden die Mädchen waren: die eine wünschte ihre Freistunde von 9 bis 10, die andere gar von 10 bis 11 Uhr abends. Habt ihr denn noch nie darüber nachgedacht, ihr armen Heimchen, daß es von morgens 6 bis abends 10 Uhr 16 Stunden sind? Und die siebzehnte wollt ihr zum Nähen und Flicken für euch verwenden? Wollt ihr denn eure Körperkräfte schon vor dem zwanzigsten Jahre verbrauchen, damit dann das spätere Geschlecht noch schwächer und gebrechlicher wird, als ihr es seid? Daß die Damen solche „bescheidene“ Mädchen nicht genug loben können, das ist doch klar. — Zum Schlusse wurde der Vorstand des neuen Vereins gewählt. Die „Heimchen“ wünschten — natürlich unter großem Beifall der Hausfrauen — auch zwei Damen in ihrem Vorstand zu haben. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Professor Wendt gewählt, die zugleich Vorsitzende des Vereins „Jugendklub“ sowie Mitglied des Hamburger Hausfrauenvereins ist. Da der Verein nun wohl einen Vorstand, aber noch keine Mitglieder hatte, ließ man Aufnahmezettel zirkulieren, aber ich glaube versichern zu können: viele waren es nicht, die sich da aufgeschrieben haben. Auch den Dienstmädchen ist die Erkenntnis aufgedämmert, daß sie, wenn sie ihre Interessen wirklich vertreten wollen, dies aus eigener Kraft und nicht unter der Leitung der Herrschaften tun müssen.

Luise Kähler.

Dienstbotenabend in Frankfurt a. M. In den Dienstbotenversammlungen in Frankfurt a. M., von denen wir in der letzten Nummer berichteten, ward von den Mädchen selbst mancher wertvolle Beitrag zu dem Kapitel „Dienstbotenabend“ geliefert. Besonders zahlreich waren die Klagen über schlechte Ernährung. Ein Mädchen teilte mit: Alles wird verschlossen; bleibt ja mal ein Stück Butter oder Käse stehen, dann wird es gezeichnet, so daß man seinen Hunger nicht befriedigen kann. — Eine andere erzählte, daß die Suppe, die das Kind nicht mehr möchte, in die Terrine zurückgegoßen und den Mädchen vorgesetzt würde. — Eine hatte sich ein schweres Magenleiden dadurch zugezogen, daß sie immer nur das vom Herrschaftstisch kalt zurückkommende Mittagbrot hatte essen müssen. — Einem Mädchen wurden Butterabschnitte vorgesetzt, während der Hund Koteletts bekam. Auf ihre Beschwerde darüber erhielt sie die Antwort: „Der Hund gehört zur Familie, Sie nicht!“

Auch über Arbeitsüberlastung und schmachvolle Behandlung wurde vielfach geklagt. Arbeitszeiten von fünf Uhr früh bis elf Uhr abends seien keine Seltenheit. Ein Mädchen teilte mit, wie sie und ihre Kollegin nachts um elf Uhr nach einem besonders arbeitsreichen Tag — es war nämlich „große Gesellschaft“ — von den Herren Offizieren ins Speisezimmer geschleppt und gezwungen wurden, mit ihnen zu tanzen. Als sich die erschöpften Mädchen sträubten, wurden sie ausgescholten: „Ihr dummen Dinger könnt euch glücklich schätzen, wenn so vornehme Herren mit euch tanzen wollen!“ — Eine erzählte von unsittlichen Angriffen des Hausherrn und der Androhung von Schlägen. — Von einem Mädchen, das am Typhus erkrankt in der Waschküche zusammenbrach, nahm die Herrschaft als selbstverständlich an, daß es in anderen Umständen sei. — Eine „Herrschaft“ hatte die Unverschämtheit, ihr Mädchen zu schlagen und dann noch obendrein prozig zu bemerken: „Verklagen Sie uns nur! Eine Ohrfeige kostet nur 5 M., wir haben's dazu!“

Nur eine eifrige Aufklärungs- und Organisationsstätigkeit kann bewirken, daß mit derartigen menschenunwürdigen Zuständen gründlich aufgeräumt wird.

M. R.

Eine sehr umfangreiche Einwendung von Genossin Grünberg zur Frage des Dienstvertrags mußte leider vorläufig zurückgestellt werden infolge des Raummangels, der durch die Aufgaben des Wahlkampfes verursacht worden ist.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der Fachverband der Frauen Schwedens hält am 25. und 26. Januar in Stockholm seinen Kongress ab, um über die weitere Tätigkeit und den Ausbau der Organisation zu beraten. Zurzeit wird eine eifrige Agitation zur Organisierung der Arbeiterinnen betrieben. Die Landesorganisation der Gewerkschaften unterstützt sie kräftig. Der Verband hat vor wenigen Wochen eine tüchtige Kraft für die Agitation angestellt: Genossin Signe Svenson. Eine wichtige Frage für die Agitation, die der Kongress zu entscheiden haben wird, ist die Herausgabe und der Ausbau des Organs „Morgonbris“, das seit zwei Jahren von Genossin Anna Sterky redigiert wird und bereits eine Auflage von etwa 10000 erlangt hat. — Im Anschluß an den Kongress wird am 27., 28. und eventuell am 29. Januar die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz in Schweden stattfinden. Über die Verhandlungen werden wir später berichten.

Frauenbewegung.

Frauenrechtlerische Unehrlichkeit oder Unwissenheit? Sozialdemokraten waren es, die fortgesetzt in Versammlungen, in der Presse und im Parlament scharfe Kritik übten an der reaktionären Fassung, sowie an der Handhabung des Hamburger Vereins- und Versammlungsgesetzes. Sie ließen keine Gelegenheit ungenutzt, um unseren prinzipiellen Standpunkt zu dieser Frage zu vertreten, sowie bei besonderen „Fällen“ Protest zu erheben. Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion war es, die vor einigen Wochen einen Antrag auf Reformierung des bestehenden Gesetzes einbrachte und begründete. Der Antrag ist einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen worden. Vor der Überweisung hat Genosse Fischer bei der Begründung im Plenum durch seine scharfe Kritik des Gesetzes, sowie dessen Handhabung das nötige Beweismaterial für die dringende notwendige Reform beigebracht. Fischers Kritik blieb nicht stehen bei jenen Fällen, wo wir die Schönheiten des Gesetzes zu kosten bekamen, sie erstreckte sich vor allem auch auf das Vorgehen der Behörde gegen die Veranstaltungen der bürgerlichen Damen.

Wenn daraufhin jetzt eine etwas freiere Handhabung des Gesetzes seitens der Behörde beliebt wird, so können wahrlich die Sozialdemokraten diesen Erfolg für sich in Anspruch nehmen. Und diesem ersten Erfolg wird hoffentlich bald der weit wichtigere folgen: Die gründliche **Abänderung des Gesetzes!**

Dagegen lesen wir zu unserem großen Ersauern in Nr. 24 der „Frauenbewegung“, daß die jetzige freiere Handhabung des Vereinsgesetzes in erster Linie der Arbeit der radikalen Frauen zu danken sei! Das kann nur Unehrlichkeit oder Unwissenheit die Damen schreiben lassen. Eins wäre so schlimm wie das andere.

Die Aktionen der Sozialdemokratie, namentlich die parlamentarischen, können den Damen unmöglich unbekannt geblieben sein. Selbst wenn sie nicht mehr wie früher ihre eigene Berichterstatterin in die Bürgerchaftssitzungen senden, sind sie doch durch die Presse von den Vorgängen unterrichtet. Dann aber ist es, gelinde ausgedrückt, unehrlich, die Aktionen der Sozialdemokratie, ihre Forderungen, ihre Anträge und ihre wichtige Kritik draußen in der Öffentlichkeit wie von der Bürgerchaftstribüne herab zu verschweigen. Und nur frauenrechtlicher Größenwahn, der in der vollständigen Verleumdung der treibenden Kräfte und politischen Machtfaktoren wurzelt, bringt es fertig, den erzielten Erfolg für sich zu reklamieren, auf das Konto frauenrechtlicher Arbeit zu setzen. Aber auch nur frauenrechtlicher Halbheit bringt es fertig, von einem „ganzen Sieg“ zu reden, wenn die Damen ein klein wenig Freiheit von — Polizei Gnaden genießen, die täglich, stündlich wieder genommen werden kann. Kein Wort gekennt der so dringenden Reform des Gesetzes oder, wir gehen weiter, der Gesetze, der vielgestaltigen Gesetze im „einigen“ Deutschland. Unehrlichkeit, Größenwahn und Halbheit finden wir bei den Damen wieder einmal beisammen, wie so oft, wenn es gilt, grundsätzlich zu einer Frage Stellung zu nehmen und — der Sozialdemokratie gegenüber Gerechtigkeit zu üben.

Luise Zieg.

Vorwärts.

Vorwärts, immer vorwärts,
Jung und schön ist die Welt;
Seht, durch den Flockenschleier
Des Winters leuchtet der Frühling,
Zum Freiheitskampfe rufend.
Ihr Hütten alle, armseliger
Menschen, hingestruet
Über das weite Land,
Ihr seht nicht aus, als ob Freiheit
Unter dem niederen Dache
Die engen Räume euch dehnt.
Horstet die Adler nicht frei
Auf den höchsten Spitzen der Berge?
Warum laßt ihr euch knechten,
Ihr Menschen? Keine Flügel
Sind euch gewachsen? Verdammt
Ewig am Boden zu kriechen
Sei euer trauriges Loos?
Reicht euer Geist nicht
Tausendmal weiter als
Adlers stolzer Hochflug,
Der höchste Gipfel umkreist? —
Kämpft mit dem Schwerte des Geistes,
Sorgt, daß nie es verroste,
Laßt scharfgeschliffen es blinken.
Folgt seinem blanken Kampfruf,
Der hell die Lüste durchschneidet.
Vorwärts, schüret die Flammen,
Laßt ewig neu sich entzünden
Des Freiheitsrufs Feuerbrände.
Die wachsende Kraft des Sonnenfeuers
Befreit die Erde im Frühling.
Schon ist der dunkelste Tag
Versunken, es steigt die Sonne.
Die Feuer der Freiheit erglühn,
Laßt immer heller sie lodern,
Daß sie dem Menschenfrühling
Leuchten voran. Schon brausen
Stürme durchs Land, seine Boten.
Vorwärts, durch Stürme, vorwärts!

Prometheus.

Dramatisches Fragment von Wolfgang Goethe.

Erster Akt.

Prometheus. Merkur.

Prometheus. Ich will nicht, sag es ihnen!
Und kurz und gut, ich will nicht!
Ihr Wille gegen meinen!
Eins gegen eins,
Mich dünkt, es hebt sich!

Merkur. Deinem Vater Zeus das bringen?
Deiner Mutter?

Prometheus. Was Vater! Mutter!
Weißt du, woher du kommst?
Ich stand, als ich zum erstenmal bemerkte
Die Füße stehen,
Und reichste, da ich
Diese Hände reichen fühlte,
Und sand die achtend meiner Tritte,
Die du nennst Vater, Mutter.

Merkur. Und reichend dir
Der Kindheit nö'tige Hilfe.

Prometheus. Und dafür hatten sie Gehorsam meiner Kindheit,
Den armen Sproßling zu bilden
Dahin, dorthin, nach dem Wind ihrer Grillen.

Merkur. Und schützten dich.

Prometheus. Woovor? Vor Gefahren,
Die sie fürchteten.
Haben sie das Herz bewahrt
Vor Schlangen, die es heimlich neidschten?
Diesen Busen gestählt,
Zu trohen den Titanen?
Hat nicht mich zum Manne geschmiedet
Die allmächtige Zeit,
Mein Herr und eurer?

Merkur. Glender! Deinen Göttern das,
Den Unendlichen?

Prometheus. Göttern? Ich bin kein Gott,
Und bilde mir so viel ein als einer.
Unendlich? — Allmächtig? —
Was könnt ihr?
Könnt ihr den weiten Raum
Des Himmels und der Erde
Mir ballen in meine Faust?
Vermögt ihr zu scheiden
Mich von mir selbst?
Vermögt ihr mich auszudehnen,
Zu erweitern zu einer Welt?

Merkur. Das Schicksal!

Prometheus. Auerkennst du seine Macht?
Ich auch! —
Geh! ich diene nicht Wafallen!

(Merkur ab.)

Prometheus (zu seinen Statuen sich nehmend, die durch den ganzen
Saal zerstreut stehen).

Unerföhlicher Augenblick!
Aus eurer Gesellschaft
Gerissen von dem Losen,
Meine Kinder!
Was es auch ist, das euren Busen regt,
(Sich einem Mädchen nehmend.)

Der Busen soll's mir entgegenwallen!
Das Auge spricht schon jetzt!
Sprich, rede, liebe Lippe, mir!
O, könnt' ich euch das fühlen geben,
Was ihr seid!

Epimetheus kommt.

Epimetheus. Merkur beklagte sich bitter.

Prometheus. Hättest du kein Ohr für seine Klagen,
Er wär auch ungelagert zurückgekehrt.

Epimetheus. Mein Bruder! Alles, was recht ist!

Der Götter Vorschlag
War diesmal billig.
Sie wollen dir Olympus Spitze räumen,
Dort sollst du wohnen,
Sollst der Erde herrschen!

Prometheus. Ihr Burggraf sein

Und ihren Himmel schätzen? —
Mein Vorschlag ist viel billiger:
Sie wollen mit mir teilen, und ich meine,
Daß ich mit ihnen nichts zu teilen habe.
Das, was ich habe, können sie nicht rauben,
Und was sie haben, mögen sie beschätzen.
Hier Mein und Dein,
Und so sind wir geschieden.

Epimetheus. Wie vieles ist denn dein?

Prometheus. Der Kreis, den meine Wirksamkeit erfüllt!

Nichts drunter und nichts drüber! —
Was haben diese Sterne droben
Für ein Recht an mich,
Daß sie mich begaffen?

Epimetheus. Du stehst allein!

Dein Eigensinn verkennet die Sonne,
Wenn die Götter, du,
Die Deinigen und Welt und Himmel all
Sich ein innig Ganzes fühlten.

Prometheus. Ich kenne das!

Ich bitte, lieber Bruder,
Treib's, wie du magst, und laß mich! (Epimetheus ab.)

Prometheus. Hier meine Welt, mein All!

Hier fühl' ich mich;
Hier alle meine Wünsche
In körperlichen Gestalten.
Meinen Geist, so tausendfach
Geteilt und ganz in meinen teuren Kindern.

Minerva kommt.

Prometheus. Du wagst es, meine Göttin?
Wagest zu deines Vaters Feind zu treten?

Minerva. Ich ehre meinen Vater
Und liebe dich, Prometheus!

Prometheus. Und du bist meinem Geist,
Was er sich selbst ist;
Sind von Anfang
Mir deine Worte Himmelslicht gewesen!
Immer, als wenn meine Seele zu sich selbst spräche,
Sie sich eröffnete
Und mitgeborne Harmonien
In ihr erklingen aus sich selbst,
Und eine Gottheit sprach,
Wenn ich zu reden wähnte;
Und wähnt' ich, eine Gottheit spreche,
Sprach ich selbst.
Und so mit dir und mir
So ein, so innig
Ewig meine Liebe dir!

Minerva. Und ich dir ewig gegenwärtig!

Prometheus. Wie der süße Dämmerchein
Der weggeschiednen Sonne
Dort heraufschwimmt
Vom finstern Kaukasus
Und meine Seel' umgibt mit Wonnernuh,
Abwesend auch mir immer gegenwärtig,
So haben meine Kräfte sich entwickelt
Mit jedem Atemzug aus deiner Himmelsluft.
Und welch ein Recht
Erzeigen sich die stolzen
Bewohner des Olympus
Auf meine Kräfte?
Sie sind mein, und mein ist ihr Gebrauch.
Nicht einen Fußtritt
Für den obersten der Götter mehr!

Minerva. So wähnt die Nacht.

Prometheus. Ich wähne, Göttin, auch
Und bin auch mächtig. —
Sonst! — Hast du mich nicht oft gesehen
In selbstwählter Knechtschaft
Die Bürde tragen, die sie
Zu feierlichem Ernst auf meine Schultern legten?
Hab ich die Arbeit nicht vollendet,
Jedes Tagwerk, auf ihr Geheiß,
Weil ich glaubte,
Sie sähen das Vergangene, das Zukünftige
Im Gegenwärtigen,
Und ihre Leitung, ihr Gebot
Sei uranfängliche
Uneigennütige Weisheit?

Minerva. Du dientest, um der Freiheit wert zu sein.

Prometheus. Ich möcht' um alles nicht
Mit dem Donnervogel tauschen
Und meines Herren Blige stolz
In Sklavenklauen packen.
Was sind sie? was ich?

Minerva. Dein Haß ist ungerecht!
Den Göttern fiel zum Lose Dauer
Und Macht und Weisheit und Liebe.

Prometheus. Haben sie das all
Doch nicht allein!
Ich daure so wie sie.
Wir alle sind ewig! —
Meines Anfangs erinner ich mich nicht,
Zu enden hab ich keinen Verus
Und seh das Ende nicht.
So bin ich ewig; denn ich bin!
Und Weisheit —! (Minerva an den Statuen herumführend.)
Sieh' diese Sterne an!
Hat mein Finger nicht
Sie ausgeprägt?
Und dieses Busens Macht
Drängt sich entgegen
Der allanfällenden Gefahr umher.

(Bleibt bei einer weiblichen Bildsäule stehen.)

Und du, Pandora,
Heiliges Gefäß der Gaben alle,
Die ergötlich sind
Unter dem weiten Himmel,
Auf der unendlichen Erde,
Alles, was mich je erquickt von Bionnegefühl,
Was in des Schattens Kühle
Mir Labfal ergossen,
Der Sonne Liebe jemals Frühlingsswonne,
Des Meeres laue Welle
Jemals Zärtlichkeit an meinen Busen angeschmiegt,
Und was ich je für reinen Himmelsglanz
Und Seelenruhgenuß geschmeckt —
Das all, all — — meine Pandora!

Minerva. Jupiter hat dir entboten,
Ihnen allen das Leben zu erteilen,
Wenn du seinem Antrag
Gehör gäbst.

Prometheus. Das war das einzige, was mich bedenken machte
Allein — ich sollte Knecht sein
Und — wie alle —
Anerkennen droben die Macht des Donnerers?
Nein!
Sie mögen hier gebunden sein
Von ihrer Leblosigkeit,
Sie sind doch frei,
Und ich fühl' ihre Freiheit!

Minerva. Und sie sollen leben!
Dem Schicksal ist es, nicht den Göttern,
Zu schenken das Leben und zu nehmen;
Komm! ich leite dich zum Quell des Lebens all,
Den Jupiter uns nicht verschließt:
Sie sollen leben und durch dich!

Prometheus. Durch dich, o meine Göttin,
Leben, frei sich fühlen,
Leben! — Ihre Freude wird dein Dank sein!
(Schluß folgt.)

Immer mehr!

Von Georg Herwegh.

Allüberall Geschrei nach Brot
Vom Atlas bis Archangel!
In halb Europa Hungersnot,
Im halben bitterer Mangel!
Die Scheuern leer, die Steuern schwer,
Die Ernten schlecht geraten —
Doch immer mehr und immer mehr
Und immer mehr Soldaten!

Geld her für Pulver und für Blei!
Für Reiter und für Rosse!
Kanonen, Flinten, allerlei
Weittragende Geschosse!
Dem Kaiser Geld, dem Papste Geld!
Nur immer frisch von hinten
Geladen! Denn der Lauf der Welt
Hängt ab vom Lauf der Flinten.

„Von Gottes Gnaden.“

„Eine Person von Gottes Gnaden“, das ist eine Person,
die durch die Gnade Gottes gleich da geboren ist, wohin sie
durch eigene Kraft nicht gelangen würde, und die auf ihrem
Throne festgewachsen ist, weil sie, aus Furcht, ihn nicht wieder
zu bekommen, ihn seit Jahrhunderten nicht zum Reparieren
gegeben hat. (Prof. Fechner-Wilke, 1832.)

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Clara Jettin (Zürich), Wilhelmshöhe
Post-Verlag bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.